

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Sonnabend, den 10. September 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Ein Wendepunkt in der „christlichen Arbeiter-Bewegung“ Westdeutschlands.

Aus dem Ruhrgebiet wird uns geschrieben:

Wenig beachtet von der breiteren Öffentlichkeit und doch hochbedeutend für die Entwicklungsgeschichte der sogenannten „christlichen“ Gewerkschaftsbewegung im westdeutschen Industriegebiete vollzog sich seit einigen Wochen im Ruhrkohlengebiete unter den Vergleuten ein Wahlkampf, dessen Abschluß am 10. September eintritt. An diesem Tage finden nämlich in 810 „Sprengeln“ des großen Bochumer Knappschafts-Vereins (circa 200 000 Mitglieder) die Arbeitervertreter-Wahlen statt. Die „Kleinsten“ sind die gesetzlichen Vertreter der Knappschaftsmitglieder und bilden mit den in gleicher Zahl gewählten Werksvertretern die beschließende Behörde des Vereins. Aus beiden Vertretergruppen werden je 15 Personen zum ergeren Vorstand delegiert, der die laufenden Vereinsgeschäfte regelt. Nur mit der Einschränkung, daß die Kleinsten einen so minimalen Einfluß auf die Kassenverwaltung haben, daß sie nicht viel mehr als Dekoration darstellen, sobald auch nur ein Kleinstler im Vorstand sich bei entscheidenden Abstimmungen den Werksvertretern anschließt. Daß mindestens ein solcher Zechenältester immer im Vorstand sitzt und die Arbeiterrechte niederspricht, das haben die Werksbesitzer bisher stets möglich gemacht. Bei den Arbeitervertreterwahlen griffen die Zechenverwaltungen stets mit terroristischer Macht ein, so daß bisher immer so viel Zechenälteste (sie nennen sich selbst „Mägigen“) zum Amte kamen, um bei den Vorstandswahlen über die Opposition (so nennen sich die Zechengegner) zu siegen. Die Kleinstenwahlen finden alle sechs Jahre statt, das Wahlverfahren ist geheim und direkt, laut Statut; das Vergesetz stellt den Wahlmodus fest.

Auch 1898 gelang es noch einigen 70 bis 80 Zechenältesten zu siegen. Außerdem eroberte der „christliche Verband“ 80-90, der „alte Verband“ 104 Sprengel. Keine der drei Gruppen hatte dennoch die Majorität für sich, das führte 1899 zu dem bekannten Bündnis zwischen dem „christlichen“ und dem „sozialdemokratischen“ Verband, zwecks Befestigung der Zechenältesten aus dem Kassenvorstand. Mit Leichtigkeit wurden nun in den drei folgenden Vorstandswahlen die Mägigen besiegelt, es blieb nur noch ein Zechenhelfer (Wloch) im Vorstand; ihn sollte 1904 das Schicksal ereilen.

Aber da geschah das, was seitdem die Ruhrbergmannschaft in Aufregung hält. Hatte Centrum-Abg. Brust, der Vorsitzende des „Christlichen Gewerksvereins“, schon 1901 den Hollwucher-Tarif (für den Brust agitierte) zum Anlaß des Bruches mit dem „alten Verbande“ genommen, so gelang es ihm doch noch nicht, auch den Rest zwischen die Kleinsten der beiden Verbände zu treiben, welche redliche Mühe sich auch Brust im Verein mit der Centrums- und Zechenpresse gab. Noch im Vorjahre tagten die Kleinsten gemeinsam und stellten Anträge zur Reform des Knappschaftswesens, die der Regierung zur Ergänzung ihres Abänderungsentwurfes zum Vergesetz zugestellt wurden. Das war noch im August 1903 — zum Pfingstfest 1904 waren 83 Gewerksvereinsälteste von Brust nach Altenessen zusammenberufen und dort gelang es dem „christlichen“ Gewerksvereins-Führer auch die Kleinsten zum Bruch mit ihren Kollegen aus dem „alten Verbande“ zu bestimmen! Dafür ging die Gewerksvereinsleitung ein Bündnis mit den Zechenältesten ein, infolgedessen am 11. Juni dieses Jahres bei der Vorstandswahl die Zechengewerksvereinsliste siegte über die Verbandsliste. Gegen das 1899 vereinbarte Reformprogramm wählten die Zechen-Gewerksvereiner zwei Grubenbeamten (einer ist zwar pensioniert, aber rechnet zu den Beamten) in den Kassenvorstand als „Arbeitervertreter“. Das hatte die sofortige Folge, daß der bekannteste Reformgegner, Herr Werksbesitzer Dr. Weidmann zum zweiten Vorstehen gewählt wurde mit 17 von 80 Stimmen; zwei Zechen-Gewerksvereiner wählten den Reformgegner. Wenn nun auch der eine Wloch aus dem Vorstand war, so sorgte doch Herr Brust für genügenden Ersatz; außerdem wurde der allzu kompromittierte Zechenfreund Wloch entschädigt, indem ihm zechengewerksvereinsseitig ein anderer wichtiger Vertrauensposten übertragen wurde, und dann wurde Wloch Mitglied des Gewerksvereins! Dieser selbst Herr „Arbeitervertreter“ hat am 14. November 1903 in der Berliner Konferenz der Knappschaftsvereine mit den Werksvertretern sogar gegen Reformvorschlüsse der Regierung, z. B. gegen das gesetzliche geheime Wahlrecht der Kassenmitglieder, gestimmt! Daraus erkennt man schon zur Genüge, welche totale Schwelung die „christliche Bergarbeiterführung“ machte, daß sie diesem Wahlrechtsfeinde zum Mitgliede erkor. Aber man ging noch weiter; Wloch ist jetzt in Essen auch der offizielle Kleinstenkandidat des „christlichen“ Gewerksvereins!!!

Nun einmal A gesagt, mußte auch das ganze kapitalistenfeindliche Alphabet durchbuchstabiert werden. Für die am 10. September stattfindenden allgemeinen Kleinstenwahlen hat der Gewerksverein ein formelles Bündnis mit den Zechenherren geschlossen!!! Das geht schon daraus hervor, daß heute die Gewerksvereinsleitung das 1898 geschaffene, jetzt noch gültige Kassenstatut ganz im Sinne der Werksbesitzer lobt, während bis voriges Jahr Herr Brust sich in den größten Ausfällen gegen das Statut erging. Früher schrieb der „Vergknappe“, das neue Statut enthalte Verschlechterungen, Rückschritte, die Wünsche der Mitglieder seien „nicht in entferntester“ befriedigt. Damals gab der „Vergknappe“ den „Mägigen“ (Zechenältesten)

die alleinige Schuld an der schlechten Statuffassung. Als die Werksbesitzer in der Generalversammlung des Vereins nochmals alle Reformanträge der Opposition ablehnten, schrieb der „Vergknappe“:

„Man merkte bei einzelnen Werksbesitzern geradezu böhnische Grimassen (!!!). Als sie gegen die Gleichstellung der alten Invaliden von vor 1892 stimmten, erschollen aus den Reihen der Arbeitervertreter die Rufe: „Pfui!“ „Haben kein Herz!“ „Haben ein Herz von Stein!“ Der Vorsitzende bezeichnete dieses als nicht parlamentarisch, doch sind uns diese Rufe leicht erklärlich. Wie es den armen alten Invaliden zu Mute ist, davon haben ja Herr Vergnat Ludwig und die Werksvertreter kein Verständnis oder wollen es nicht haben. (!!!)

Hoffentlich wird das beinahe profige Verhalten der Werksvertreter vollständig ernüchternd auf die Vergleute wirken. (!!!) Sie sehen, daß von der Seite nicht der geringste Fortschritt im Knappschaftswesen auf gutlichem Wege zu erreichen ist. Hier müssen andre Mittel in Anwendung kommen.“

Das gerade Gegenteil schreibt die Gewerksvereinsleitung jetzt von dieser Kleinstenwahl. Jetzt sollen die „Socialdemokraten“ gegen das Statut gestimmt haben, welches „tatsächlich nur Vorteile“ brachte. Jetzt sollen die oppositionellen Kleinsten — darunter auch ehrliche Gewerksvereinsvertreter! — „Stodprügel“ (!) verdient haben, weil sie gegen das Statut stimmten. Das Statut ist 1898 angenommen worden gegen die Stimmen der oppositionellen Kleinsten beider Verbände; jetzt sind diese Oppositionellen fugs zu „Socialdemokraten“ gestempelt, die „alles oder nichts“ haben wollen; echte Centrumdemagogie, wie man sieht. Die Werksbesitzer werden jetzt als wohlwollende Herren angepöbelnd, ohne die „man nichts machen kann“. Kleinste Harmonielehre! Man erkennt die ehemals mit gewaltsamen Mitteln gegen die Werksbesitzer drohende Gewerksvereinsleitung nicht mehr wieder. Der Eintritt Brusts in die Centrumsfraktion hat Wunder gewirkt, er empfiehlt jetzt, den Arbeitgebern mit Liebe entgegenzukommen“. Die Zechenältesten sind heute Gewerksvereins-Mitglieder und Kandidaten, die Wahlparole lautet jetzt: „Jagd nur auf Notwid!“

Das ist eine Wendung, die zu einem Sedan der „christlichen Arbeiterbewegung“ führen muß. Denn im Knappschaftswesen kulminiert das Interesse der Bergarbeiter, handelt es sich doch um ihre Versicherung gegen Folgen von Krankheit und Invalidität und um die Hinterbliebenenrente. Wie unter dem Einfluß der Werksbesitzer „tatsächlich nur Vorteile“ geschaffen sind, dafür genügen schon folgende Zahlen als Beweis: Es betragen im Durchschnitt:

	Arbeiterbeiträge	Pension pro Invalide	Witwen-geld	Waisen-geld
1875	23,00 M.	261,26 M.	192,74 M.	45,07 M.
1885	25,00	261,21	162,02	55,28
1902	52,55	236,71	156,00	35,88

Kommentar überflüssig. Auch für die Vergleute, denen es gar nicht einleuchten will, daß sie nun als „Christen“ verpflichtet seien, die von der Zechengewerksvereinsleitung präsentierten Zechen-kandidaten zu wählen. In einer Reihe Sprengel rebellierten die „christlichen Vergleute“ gegen das Bündnis Brusts mit den Zechenverwaltungen. Schon ist es zu christlichen Rebellenkandidaten gekommen, man hat die Mitglieder zu tief eingeschätzt. Hunderte Gewerksvereiner traten zum Verband über, der großartige Fortschritte macht. Zu alledem stellt sich heraus, daß der angebliche „paritätische“ Gewerksverein keinen einzigen evangelischen, nur katholische Beamte besitzt! Darum interpelliert, höhnte Centrumabg. Brust: es müssen erst evangelische Schlauchöpfe gefaßt werden!!! Die Centrumsmacher der „neutralen christlichen“ Operationen ist damit allen Vergleuten offenbar. Verschiedentlich sind daraufhin „evangelische Kleinsten“ aufgestellt worden. Mit dem Abschwerten ins Zechenlager ging dem Gewerksverein der Nimbus einer mit radikalen Tzaden operierenden Arbeiterorganisation verloren, die Vereinigung wird nur noch Zechengewerksverein genannt. Das ist ihr Sedan.

Kranzhaft versucht man immer noch den radikalen Schein zu retten, besinnungslos werden beispiellose Schmutzflugblätter, in denen sogar tote Verbandsführer insam inuliert werden, zusammengeschmiert, kulturhistorische Dokumente literaler Gemütsverrohung. Welchen Eindruck diese unerhörte Kampfweise macht, ergibt sich klarlich aus dem werksfreundlichen „Rheinisch-Westfälischen Tageblatt“, welches schreibt:

„Der Kampf um die Knappschaftswahlen geht so scharf ein, wie nie zuvor. Leider werden auf christlicher Seite in diesem Kampfe die allergrößten Fehler gemacht. Das Flugblatt, das in diesen Tagen vom Vorsitzenden des christlichen Gewerksvereins, Herrn August Brust in die Welt gesetzt wurde, hat der von ihm vertretenen Sache nicht nur nichts genutzt, sondern im Gegenteil ganz erheblich geschadet. Die darin niedergelegten wüsten Schimpferien übersteigen in der That so sehr alles Zulässige, daß man sich gar nicht wundern darf, wenn viele Vergleute sich davon geradezu angewidert fühlen und lieber gar nicht zur Wahl gehen, als sich zum Bundesgenossen und Spießgesellen eines solchen Schimpfvirtuosen zu machen.“

Dies der Aufschrei eines Blattes über die grandiose Ungeschicklichkeit eines Zechenhelfers. Das Schmutzflugblatt hat denn auch sehr niederdrückend und empörend gewirkt auf solche Kreise, deren Hilfe die Zechen sehr nötig haben.

Wie der Wahlausfall sein wird, läßt sich natürlich nicht bestimmen vorauslagern. Die Arbeiterkassen machen ungeheure Anstrengungen, Zechenverwaltungen, Arbeiter, Lehrer, Windthorst-Bund, national-liberale Wahlmacher sind gegen den Verband aufgebogen. Mit

Kandidatenmaßregelungen suchen die kapitalistischen Scharmacher die Verbänder einzuschüchtern. Das unsinnigste, verlogenste, gemeinste Zeug publiziert die mit Wollbampf für die Zechenpartei agitierende Centrumspresse gegen den Bergarbeiter-Verband und die Socialdemokratie. Ein Spektakel, gerade so lärmend und widerlich wie bei der Reichstagswahl. Unre Segner wissen recht gut, daß es sich um einen Entscheidungskampf handelt. Eine Niederlage drückte den Zechengewerksverein sofort zur Bedeutungslosigkeit herab.

Aber auch gefehlt der Fall, die literale Verhegung im Bunde mit kapitalistischem Terrorismus würde am Sonnabend die Majorität der Sprengel erobern, so wäre dies doch nur ein Pyrrhussieg. Als Wohlgerüche Arabiens können von dem „christlichen Gewerksverein“ nicht mehr das Odium nehmen, welches er in den Augen der Arbeiterschaft durch das offenkundige Bündnis mit den Kapitalisten auf sich lud. Siegen kann der Zechengewerksverein nur mit Hilfe des kapitalistischen Terrorismus, denn an Mitgliedern ist der Verband der viel Stärkere. Dies weiß jeder Vergmann und damit ist das Schicksal der „christlichen Bergarbeiterorganisation“ besiegelt. So oder so: zerfällt die literale Sonderbündelei nicht am 10. September bei der Kleinstenwahl, dann zieht die kompromittierende Kapitalistenhilfe den „siegreichen“ Zechengewerksverein in den Abgrund. Die freie Bergarbeitergewerkschaft siegt auf alle Fälle.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 9. September.

Freisinn und Wahlrecht.

Daß die freisinnige Volkspartei gegen das allgemeine Wahlrecht ist auf den Gebieten, wo sie herrscht, ist bekannt. In die freisinnige Volkspartei ist sogar noch für eine Verschlechterung des preussischen Dreiklassen-Wahlrechts in Staat und Gemeinde zu haben. Der letzte freisinnig-nationalliberale Reformantrag im preussischen Abgeordnetenhaus läuft darauf hinaus, das Wahlrecht in der Richtung zu Ungunsten des Proletariats zu verbessern, daß statt der Dreiteilung nach Urwahlbezirken die ganze Stadt einen Bezirk bilden soll. So unsinnig natürlich die Dreiteilung nach Urwahlbezirken ist, so mildert dieser Antrag doch etwas den plutokratischen Charakter des preussischen Wahlrechts, indem es in proletarischen Vierteln auch die Besitzlosen in die zweite und erste Klasse vorrücken läßt. Infolge dessen ist im dritten Berliner Landtags-Wahlkreise bei der letzten Wahl die Socialdemokratie dem Freisinn so nahe gekommen, daß bei den nächsten Wahlen aller Voraussicht nach der Freisinn verdrängt werden wird. Um dieses Unglück zu verhüten, hat man mit den Nationalliberalen zusammen jenen Reformantrag eingebracht, dessen Verbesserungen — neue Einteilung der Wahlkreise — nicht angenommen werden, dessen Verschlechterung dagegen — Befestigung der Dreiteilung nach Urwahlbezirken — zur Annahme gelangen dürfte.

Den ganzen stumpfen Haß der freisinnigen Volkspartei gegen das Princip des Reichstags-Wahlrechts offenbart eine Auslassung der „Vossischen Zeitung“ gegen den Antrag untrer Charlottenburger Stadtverordneten auf Einführung des Reichstags-Wahlrechts in den Gemeinden.

Vor 40 Jahren war das freisinnige Bürgerturn in den Städten im Konflikt mit der Regierung. Noch heute meinen die freisinnigen Heldengreife vor Stolz und Rührung, wenn sie von jenen Zeiten des Kampfes gegen Junkertum und Regierung erzählen. Heute schreibt das Organ derselben Heldengreife, es sei ganz unmöglich, an die Einführung des Reichstags-Wahlrechts für die Gemeinden zu denken, weil dann die Socialdemokratie ans Ruder kommen würde und damit ein Konflikt zwischen der Stadt und der Regierung entstehen würde. Um solche Gefahr zu vermeiden, hat man ja auch schon wiederholt in freisinnigen Kreisen für das Gemeinde-Wahlrecht eine „Reform“ dahinter angeregt, daß statt des Dreiklassen-Systems das gleiche Wahlrecht eingeführt würde, aber mit einem Census, so daß auch die Herrschaft der Socialdemokratie in der dritten Klasse auf diese Weise fortreformiert würde. In dieser Tendenz schreibt denn auch die „Vossische Zeitung“:

„Wie sich die Charlottenburger Antragsteller die Ausführung der Wahl im einzelnen denken, wissen wir nicht; es ist auch einerlei. Jedenfalls werden sie der Ueberzeugung sein, daß die Socialdemokratie die erdrückende Mehrheit in der Stadtverordneten-Versammlung haben würde, wie in vielen Großstädten, so zumal in Berlin. Mit höchstem Lächeln ginge der „Maffentritt der Arbeiterbataillone“ über nationalsoziale oder social-liberale oder socialfortschrittliche Kandidaten zur Tagesordnung über. Denn finden schon die „Revisionisten“ nicht überall Gnade vor den Augen der „Genossen“, wie sollen sie sich für bürgerliche Kandidaten erwärmen, die nicht einmal Republikaner sein wollen? Also im „roten Hause“ regiert die Partei der Herren Webel und Singer. Sie übernimmt die Verwaltung der städtischen Betriebe; sie verfügt über die Anstellung der Beamten; sie befehligt die Deputationen, beispielsweise auch die Schuldeputation, sie erneuert die Stadträte, den Bürgermeister und den Oberbürgermeister. Freilich, einstweilen nimmt die Regierung für eine Anzahl Wahlen das Bestätigungsrecht in Anspruch. Wie nun, wenn die Wahlen der socialdemokratischen Oberbürgermeisters und der übrigen socialdemokratischen Magistratsmitglieder nicht bestätigt werden? Die „Genossen“ mit dem Männerstolz vor Königströmen werden sich nicht fügen, die Regierung noch weniger, und so wird eine Stelle nach der anderen vom Staatsministerium kommissarisch besetzt. Herr Singer kann schon jetzt seine Sehnsucht nach einer Erhöhung des Einkommensteuersatzes über 100%, hinaus nicht zügeln, denn während die Masse der Arbeiter steuerfrei bleiben soll, soll die „Gourgeoisse“

Die Interflora-Gebühr

Beträgt für die sechsgepaltenen Kolonellen ober deren Raum 40 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 25 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (seitgedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 8 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Bluten. Je stärker sie besteuert wird, um so besser. Die „Kapitalisten“, zu denen auch Leute mit 2000 oder 3000 Mark Einkommen gehören, sollen zahlen, damit desto mehr dem „Massenbewußten Proletariat“ zugeführt werde. Das Bürgerrecht zahlt die Steuern, und die Sozialdemokratie verfügt über sie. Bei einem Zuschlag von mehr als 100 Proz. aber hat die Staatsregierung den Stadthaushalt zu genehmigen. Das nächste ist, daß einem von der Sozialdemokratie nach ihren schönen Grundrissen aufgestellten Haushaltsplan die Genehmigung verweigert wird, und der Konflikt ist da. Auf Schritt und Tritt überhandt es dann Kampf zwischen der Stadtverwaltung und der Staatsverwaltung, und man muß mit Blindheit geschlagen sein, wenn man nicht erkennt, daß dieser Kampf nur mit der Vernichtung der Bürgerfreiheit und mit der ministeriellen Diktatur enden kann. . . Angesichts dieser Gewißheit verlohnt es der Mühe nicht, sich weiter mit der Frage abzugeben, ob das Reichstags-Wahlrecht auf die Gemeinden übertragen werden solle. Das für eine einzelne, gegebene, nicht zur Verwaltung berufene Körperschaft des Reichs notwendig ist, braucht darum noch nicht unverändert für ein Organ der Selbstverwaltung angemessen zu sein.

Mit Eugen Richter'scher Phantasie malt die „Vossische Zeitung“ die Schrecken eines sozialistischen Regiments in der Gemeinde. Selbst Einkommen von 2- und 3000 Mark würden dann als kapitalistisch verfolgt werden und jede arme Witwe würde von der Ballonmühenherrschaft auf dem Rathaus bis zum letzten Pfennig ausgepreßt werden.

Der Schrecken der Schrecken aber ist der „Vossischen Zeitung“ doch der unermessliche Konflikt mit der Regierung. Das Blatt soll nur die Konsequenzen aus dieser Anschauung ziehen. Denn auch der Freisinn hat trotz allem Servilismus Konflikte mit der Regierung bis in die letzte Zeit hinein nicht vermeiden können. Weil die Stadt keine Kirchen bauen wollte, hat ihr der nunmehr entschlafene Freiherr von Mirbach seiner Zeit jenen groben Brief geschrieben und auch die von der Krone verfügte Konzessionsverlängerung der Straßenbahn über die Stadtverwaltung hinweg hat doch zu einem kleinen Konflikt geführt. Es wird dem Freisinn im Interesse der Vermeidung von solchen Zusammenstößen also nichts weiter übrig bleiben, als seine Herrschaft schleunigst an die Christlichsocialen und Konservativen abzutreten, die ja wohl in keinen Zwiespalt mit der Regierung geraten werden.

Die Argumente des freisinnigen Blattes sind Argumente gegen das Prinzip des Reichstags-Wahlrechts überhaupt. Sie beweisen, daß die freisinnige Volkspartei ihre innere Dummheit fühlt und sich bewußt ist, daß sie nur noch von Gnaden des elendesten aller Wahlsysteme sich aufrechtzuerhalten vermag. Und das ist begreiflich; denn es giebt keine schlechtere Stadtverwaltung als die des Berliner Freisinn, die statt einer vernünftigen Kommunalisierung der städtischen Betriebe alle extragreichen Institute dem Privatkapital ausgeliefert hat. Diese Rücksicht auf die private „Unternehmerintelligenz“, auf Aktionäre und Ausschüßler ist allerdings unter einer sozialistischen Verwaltung unmöglich. Man braucht gar nicht an höhere direkte Steuern zu denken und kann doch sicher sein, daß der kommunale Sozialismus, entwickelt und durchgeführt, eine ungleich höhere Leistungsfähigkeit der Stadt in ihren socialpolitischen Aufgaben zur Folge haben würde.

Die „Vossische Zeitung“ ist zudem so unwissend, daß sie über ihrem kindischen Gewäch den Umstand übersehen, daß es bereits längst blühende Stadtverwaltungen giebt, die unter socialdemokratischem Einflusse stehen. —

Deutsches Reich.

Frühere Einberufung des Reichstages. Die „Deutsche Tageszeitung“ wiederholt ihre Nachricht, daß der Reichstag bereits Ende Oktober oder Anfang November zusammentreten werde, damit die Handelsverträge vor Ende des Jahres erledigt werden könnten. —

Spann und Königsberg. Der Centrumsführer Abgeordneter Spann, der ja als Reichsgerichtsrat die Vermutung einer juristischen Autorität hat, äußerte sich in seiner in Rheinbach bei Köln gehaltenen Rede über den Königsberger Prozeß wie folgt:

„Rusland war der Mittelpunkt auch einer inneren Frage, die im Sommer Reichstag und Presse beschäftigt hat: des Königsberger Socialistenprozesses. Die Erklärungen der preussischen Minister der Justiz und des Innern im Reichstage wiegen in den Glauben ein, das Verfahren vor dem Landgericht Königsberg gegen neun Socialdemokraten vollziehe sich unter den Voraussetzungen der Strafprozeß-Ordnung. Man fühlte sich um so sicherer, als der Justizminister seine Mitteilungen auf einen eingehenden Bericht der beteiligten Staatsanwaltschaft stützen konnte. Man mußte nach monatelanger Voruntersuchung gegen die in Untersuchungshaft befindlichen Angeklagten das gegen sie wegen Hochverrats und Majestätsbeleidigung eingeleitete Verfahren eingestellt werden, weil der von einem Deutschen gegen Rusland begangene Hochverrat, die von einem Deutschen gegen den russischen Kaiser verübte Majestätsbeleidigung in Deutschland nicht bestraft werden können, da Rusland den Russen im ungelährten Falle nicht bestraft. Graf Witlow hatte im Laufe der Debatte über die vorgelassenen Ausweisungen Mitteilungen über Ausweisungen gemacht, welche unter dem Fürsten Bismarck vorgekommen waren, die sein Verhalten rechtfertigen sollten. Für den Königsberger Fehler giebt es kein zur Entlastung heranzuziehendes Gegenstück. Die Frage der Gegenseitigkeitsverbürgung war eine Voraussetzung des Strafverfahrens. Daß sie ungeprüft geblieben war und ohne die Sachkunde der Verteidiger auch vor der Urteilsfällung nicht geprüft worden wäre, ist ein schwer verständliches Versehen, wenn man die Zahl der Beamten bedenkt, die mit dieser Strafsache befaßt waren, und beachtet, welche Bedeutung ihr nach den Verhandlungen im Reichstage beigelegt worden war. Aus dem Ausgang dieses Prozesses wird die Sozialdemokratie mit dem Vorwurfe der Massenjustiz den Nutzen ziehen. Uebrigens haben die Verhandlungen im Reichstag über die Auslieferungspraxis dargethan, daß der preussisch-russische und der bairisch-russische Auslieferungsvertrag durch einen deutsch-russischen zu ersetzen ist.“

Das ist alles sehr schön und gut, nur kommt diese Schärfe der Beurteilung viel zu spät. Herr Spann hat sich zu dieser Kritik erst verstanden, nachdem das Werk gethan und die Verurteilung unserer Parteigenossen sich als unmöglich erwiesen hat. Herr Spann beteiligt sich an einem Rettungsversuch, nachdem der ins Wasser Geworfene längst schwimmend das Land erreicht hat. Im Reichstag hat Herr Spann nichts dazu gethan, um den Kampf unserer Partei gegen die Russendienste der Regierung zu unterstützen und auch in seiner neuerlichen Rede vergißt der Herr Reichsgerichtsrat ganz und gar seine Meinung über die Verurteilung im Königsberger Prozeß zu sagen. Die „Gefährdungsbefreiung“ ist juristisch ebenso absurd, wie der Hochverrat und die Majestätsbeleidigung. Warum hat Herr Spann nicht auch darüber seine Anschauung zum besten gegeben? Wartet er erst noch auf die Entscheidung des Reichsgerichts? —

Russendienste und kein Ende. Es gehen uns fortgesetzt Mitteilungen zu über Schikaneerung russischer Reisender und Auslieferung von Russen an Rusland. So wird uns berichtet, daß neuerdings nicht nur an der Grenze, sondern auch unterwegs in den vom Osten kommenden Zügen durch die preussischen Bahnbeamten Passrevisionen vorgenommen werden und zwar ausschließlich in der vierten Wagenklasse. Ein Beamter, der von den Betroffenen gefragt wurde, was ihn sein Post interessiere, berief sich auf neuerliche Instruktionen und er fügte hinzu, daß russische Reisende, die ohne ordnungsmäßigen Paß betroffen würden, an die Grenze zurückgebracht würden.

Bei der großen Zahl russischer Deserteure, die naturgemäß ohne Paß reisen, bedeutet diese Praxis, wie wir schon hervorhoben, eine Verletzung der Neutralität. Deserteure werden selbst nach dem sonst unterhalb der Grenze der Zivilisation stehenden preussisch-russischen Auslieferungsvertrag nicht ausgeliefert. Diese Nichtauslieferung von Deserteuren ist eine der ersten grundsätzlichen Regeln des Völkerechts. Die Zurückführung an die Grenze ist aber nur eine hinterlistige und um so verwerflichere Form der Auslieferung. Sie kann heute nur so gedeutet werden, daß Deutschland das Streben hat, entgegen dem Völkerecht und unter Bruch der Neutralität Rusland vor Desertionen zu schützen.

Nach allen Thatfachen, die wir in den letzten Wochen mitgeteilt haben, ist die Praxis gegenüber den russischen Flüchtlingen und Reisenden nunmehr völlig aufgeklärt. Es ist eine Verquickung von Liebesdiensten für Rusland und Liebesgaben für die Hamburger und Bremer Großreedereien. Auf der einen Seite bringt man Rusland Deserteure zurück, auf der anderen Seite zwingt man die Russen, unter Androhung der Zurückführung, sofern man bei ihnen genügende Geldmittel vermutet, deutsche Dampfer-Passagierkarten nach Amerika zu lösen. Es giebt sicher kein kultiviertes Volk und es giebt auch in der allzu russischen Vergangenheit Preußens kein Beispiel eines ähnlichen Verhaltens, dem gegenüber sich die ganze bürgerliche Presse in hartnäckiges Schweigen hält. —

Immer kränker wird Freiherr v. Mirbach im „Lokal-Anzeiger“; jetzt soll er bereits nicht mehr fähig sein, als Oberhofmeister der Kaiserin zu fungieren. Und wurde doch noch bis vor kurzem von demselben „Lokal-Anzeiger“ so heftig gesund gebetet! —

Unempfindliche Minister. Der Redakteur des Oldenburger „Residenzboten“ Biermann ist zu schweren Gefängnisstrafen verurteilt worden, weil er behauptet hatte, daß der Justizminister von Oldenburg, Herr Ruhlitz, ein Spieler sei. Der Redakteur ist nicht nur ins Gefängnis gebracht worden, sondern man hat den Strafvollzug auch zu einer Verschärfung der Strafe benützt und als die Frau des Verurteilten um ein wenig Milde für ihren Mann bei dem Minister bat, beschimpfte der Herr den abwesenden Mann gegenüber der wehlosen Frau aufs taktloseste.

Der Redakteur ist für eine Zeitlang unschädlich gemacht, aber der „Residenzbote“ lebt und fährt fort, gegen den Justizminister Ruhlitz die schärfsten Angriffe zu erheben. Herr Ruhlitz hat unter seinem Zeugeneid behauptet, daß seine Spielaffären jahrelang zurücklagen. Der „Residenzbote“ hat dem gegenüber behauptet, daß Herr Ruhlitz unter seinem Eide die Unwahrheit gesagt habe und daß er bis in die neueste Zeit hinein dem Hazardspiel geträumt habe.

Seltamerweise hat man, obwohl schon Monate ins Land gegangen sind, seitdem diese Behauptung ausgesprochen worden ist, keinerlei Anstalten getroffen, diese Behauptung zur gerichtlichen Klärung zu bringen. Es giebt hier nur zwei Wege, entweder ist gerichtlich nachzuweisen, daß die Behauptungen des „Residenzboten“ unwahr sind oder aber, die Justizverwaltung und die Staatsanwaltschaft in Oldenburg haben sich zu erinern, daß ein Justizminister nicht wie ein Romach unterverantwortlich und gegen die Strafordnungen des Gesetzes sicher ist, sondern daß auch er unter dem Recht des deutschen Strafgesetzbuches steht, das falsche eidliche Aussagen vor Gericht mit härterer Strafe bedroht. Leitet die Oldenburger Staatsanwaltschaft weder gegen den „Residenzboten“ noch gegen den Justizminister ein Strafverfahren ein, so würde das beweisen, daß in Oldenburg das deutsche Recht außer Kurs gesetzt ist. —

Gegen das Reichstagswahlrecht. Das sächsische Regierungsorgan, dessen Redakteure Beamte sind, das „Dresdner Journal“, richtet einen neuen Angriff gegen das Reichstagswahlrecht. Zu der Begründung einer neuen Mittelstandsvereinigung schreibt das Blatt:

„Mit der Begründung der neuen Mittelstandsvereinigung ist die Organisierung der deutschen Verhältnisse um einen erheblichen Schritt vorwärts gekommen, und zu diesem Ergebnis kann man die deutschen Handwerker nur beglückwünschen, nicht nur um ihrer selbst willen, sondern aus Gründen des allgemeinen Staatswohls. Ist es doch nur eine Frage der Zeit, daß die berufskundliche Organisation des deutschen Volkes auch die Grundlage für seine politische Vertretung bilden wird.“

Nach dem Reichstagswahlrecht verfluchten die ärgsten Reaktionen im roten Königreich, ein wenig nachzudenken. Fünfteljahr später ist man wieder bei mittelalterlicher Phantastik angelangt, welche die allgemeine Politik in enge Zunftwirtschaft auflösen möchte. —

Meinungsfreiheit in der Sozialdemokratie. Mit welchem Recht die Sozialdemokratie über die journalistische Freiheit anderer spottet, will die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, ausgerechnet dieses Berliner Streikblatt für Rusland, an folgendem Bericht der „Frankfurter Zeitung“ beweisen:

„Auf der Wahlkreisversammlung des neunten bairischen Landtags-Wahlkreises erfuhr der Leiter des socialdemokratischen „Volksofreunds“ Kolb heftige Angriffe wegen seiner revisionistisch gehaltenen Berichte über den Amsterdamer Kongreß, und es wurde beschlossen, bei der Preiskommission gegen seine Schreibweise Beschwerde zu erheben. Kolb erhob im „Volksofreund“ Protest gegen diesen Beschluß als gegen eine Ueberzeugungs- und Gewissensfolter, die zwar in der katholischen Kirche üblich, niemals aber mit den Grundfragen der Sozialdemokratie in Einklang zu bringen ist; es wird ihm aber kaum viel nützen. Und in راستай beschwerte man sich über die Redakteure des „Volksofreunds“, weil sie nicht jede Einseitigkeit der Genossen ungeklärt aufnehmen. Dazu sagt nun Kolb, daß die Redakteure des „Volksofreunds“ thatsächlich nicht mehr recht wissen, wozu sie eigentlich berechtigt sind und wozu nicht, ob sie die einlaufenden Berichte und Artikel überhaupt noch redigieren dürfen oder ob sie die Manuskripte so in die Schere geben müssen, wie sie einlaufen; ob sie zu gewissen Fragen ihre eigene Ueberzeugung äußern oder nur die Meinung anderer in Druck geben dürfen. Er meint schließlich: Die Frage: Sind die Redakteure des „Volksofreunds“ Redakteure oder Klaus? hängt an brennend zu werden.“

Ein socialdemokratischer Redakteur istbeauftragter der Parteigenossen; er kann diesen Auftrag nur übernehmen und ausführen, wenn und so lange er die Ueberzeugungen innerlich hat, die er zu vertreten hat. Die socialdemokratische Partei läßt sich wohl einen Redakteur gefallen, der seine individuelle Ueberzeugung gegenüber der Partei zum Ausdruck bringt, aber sie würde jeden Redakteur sofort entfernen, von dem sie erlangt hat, daß er gegen seine innere Ueberzeugung seinen Auftraggeber nach dem Munde redet. Natürlich muß der Redakteur socialdemokratisch schreiben, und es ist auch der Parteigenossen Pflicht und Recht zu opponieren, wenn ihnen die von ihrem Redakteur vertretene besondere Richtung nicht gefällt. Niemals aber fällt es Socialdemokraten ein, einen Redakteur zwingen zu wollen, gegen seine Meinung zu schreiben.

Glaubt ein Redakteur in der Sozialdemokratie sich aber einmal ungebührlich in seiner Freiheit beeinträchtigt, nur so kauft er sich eben in aller Freundschaft und Offenheit mit seinen Auftraggebern, die ja nicht seine „Unternehmer“, sondern seine Parteigenossen sind. Wir empfehlen erst einmal den Redakteuren der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ und der „Frankfurter Zeitung“ an ihren Auftraggebern öffentlich Kritik zu üben, wenn sie Anlaß zu Beschwerden haben. Sobald wir zum erstenmal bei diesen Herren ein solches Schauspiel erleben, werden wir an ihre Meinungsfreiheit glauben. Sie sind gerade dann frei, wenn sie sich in öffentlicher Kritik über Bedrückung der Meinungsfreiheit durch ihre „Protheren“ zu beklagen den Mut haben werden. Wir fürchten, wir werden eine solche Probe niemals erleben.

Daß gerade die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ sich über die Meinungslosigkeit bei der Sozialdemokratie erregt, begehen wir völlig nach den Herzensbelustigungen jenes westdeutschen Kreisblatt-Kollegen. —

„Verbotene Schriften.“ Von der 8. Gendarmerie-Brigade, Saarbrücker Offizier-Distrikt, erhalten wir folgende Zuschrift: „Am 20. August d. J. brachte die „Saarbrücker Zeitung“ eine Notiz aus dem „Vorwärts“, wonach die Gendarmerie in Dudweiler, Kreis Saarbrücken, bei einem socialdemokratischen Bädergesellen eine Haus-suchung nach verbotenen Schriften pp. abgehalten hätte.“

Der weitere Verlauf in Ihrem Blatte, der Bädermeister sei von der Gendarmerie aufgefordert worden, den Gesellen zu entlassen, entspricht jedoch nicht den Thatfachen, da schon 14 Tage vor dieser behördlicherseits angeordneten Durchsuchung von dem betreffenden Bädermeister dem Gesellen aus eigener Entschliebung gelündigt worden war.“

Wodurch die „eigene Entschliebung“ des Meisters veranlaßt ist, wird in der Berichtigung nicht gesagt.

Die Haus-suchung nach „verbotenen Schriften“ scheint uns in jedem Falle des Rechtsgrundes zu entbehren. Auch die durch den Saarbrücker Prozeß beurteilten Flugblätter kann jeder besitzen. Nur die Verbreitung ist nicht statthaft. —

14 Tage gelinder Arrest. Es giebt noch milde Richter, kann der Gendarmerie-Oberwachmeister Kern aus Nierloh sagen. Dieser hatte sich wegen Mißhandlung von Zivilpersonen vor dem Kriegsgericht in Hagen zu verantworten. Es wurde erwiesen, daß Kern als Oberkommandierender der Arbeitswilligen-Schutztruppe beim Jülicher Streit drei Personen mißhandelt hat. — Um möglichsten falschen Verdacht vorzubeugen, sei ausdrücklich bemerkt, daß die Mißhandlungen nicht etwa zur Kategorie der Staatsstößen, amtlich als Arbeitswillige firmiert, gehören. Der Beamte erhielt für seine schlagenden Argumente die horrende Strafe von 14 Tagen — gelinder Arrest! Und wenn Streikende einen frechen Beamten geschlagen hätten?? —

Auf Wunsch des Reichsgerichts, so berichtet man uns intern 9. September, wurde heute vormittag vor der Strafkammer des Landgerichts Halle zum zweiten Mal verhandelt gegen den Redakteur des „Volksofreunds“, Genossen Robert Fette, wegen Majestätsbeleidigung. Es handelt sich um die bekannte Wiener Polizeinotiz von einem angeblichen Verwandten des Kaisers, der in einem Spital verstorben sein soll. In der vorigen wegen derselben Sache stattgehabten Verhandlung, an der die Vertreter der Presse teilnehmen durften — bei der heutigen Verhandlung wurden die Pressevertreter ausgeschlossen — war unser Genosse freigesprochen worden. Auf die Revision des Reichsgerichts verurteilte die Strafkammer heute unsern Kollegen zu vier Monaten Gefängnis. In der Urteilsbegründung hieß es: Das Gericht geht davon aus, daß jeder, von dem behauptet wird, in seiner Familie befindet sich ein mißlieblicher Verwandter, sich beleidigt fühlen kann. Durch die Behauptung könne die Ehre eines jeden Mitangehörigen der Familie verletzt werden. Dieses hätte sich auch der Angeklagte bei der Veröffentlichung der Notiz sagen müssen.

Es kommt kaum jemals vor, daß das Reichsgericht eine Verurteilung eines socialdemokratischen Redakteurs aufhebt. Dagegen sind nicht selten Revisionen erfolgreich, wenn doch einmal Strafkammern Freisprechungen aussprechen. Solche Glücksfälle müssen revidiert werden. —

Ein südafrikanischer Soldatenbrief.

Aus Baden schreibt man uns: Das Centrumsblatt „Offenburger Zeitung“ veröffentlicht den Brief, den ein Soldat am 27. Juni d. J. im Kriegslazarett zu Objhaenena an seinen in Kammerdörfer bei Offenburger wohnenden Bruder gerichtet hat. Der Soldat schildert das mäßige Unschickliche des Zyphus unter der deutschen Kriegstruppe. Von den Kollegen seiner Abteilung waren einige schon zu Objhaenja „in die Erde gebettet worden“, andre brachten sie von dort nach Objhaenena mit, dort gestellten sich binnen kurzer Zeit immer mehr hinzu, bis schließlich die sterblichste der Höchstziffer mit etwa 110 Köpfen aufwies; einige davon starben schon innerhalb fünf Tagen, andre wieder folgten diesen in der fünften bis zehnten Woche.“

Der Briefschreiber will es — so katholisch fromm er ist — nicht seinem Schöpfer, sondern der „immunisierenden Wirkung“ des von Jugend an getrunkenen Weines und der eignen Willenskraft verdanken, daß er „glücklich dem Sengenmann entronnen“ ist; der rote Bordeaux- oder Burgunderwein habe ihm wieder auf die Beine geholfen. „18 Mann hat der Zyphus allein hier dahingerafft, etwa 80 sind von ca. 200 der ganzen Abteilung daran erkrankt.“

Der katholische Bauernsohn, der diesen Brief schreibt, ist von einer hurrachristlichen Morbidität befeet, die es kaum erwarten kann, „an der Schwarzwildjagd teilzunehmen“; er wünscht eine Vereinigung der Hereros und Ovambos, damit „zwei Fliegen mit einem Schlag“ vernichtet werden könnten; mit den Vongelzweigen würden die letztgenannten 200 Mann schon „klar“ werden. So sehr der briefschreibende Sanitäts-Unteroffizier nach Mache schnaubt für den Tod der gefallenen Kameraden, möchte er doch kein Gefecht mehr mitmachen wie bei Drifolorero: „von etwa 40 Mann 20 tot, der Gefallenen Gewehre mit Munition, das Maschinengewehr und, was das schlimmste ist, das Geschütz verloren, macht einem deutschen Soldaten keinen Spaß.“

Hat der fromme Bauernsohn und schwarze Centrumsbruder seine helle Christenfreude an der blutigen „Schwarzwildjagd“, so rührt diese Seelenstimmung von dem ihm Vergnügen bereitenden Gefecht bei Objhaen her, wo die schwarzen Bestien, wenn auch unter großen Verlusten unsererseits (32 Gefallene) etwas Siebe bekamen.“

Womit diese christkatholische Seele am besten erquidit werden kann, ergibt sich aus einer andern Stelle des Briefes:

„So war ich auch mal in der Nähe einer Maschinenanone, als etwa 200 Meter von uns drei schwarze Gestalten auftauchten; drei Schüsse und die Stäbe ebenso vieler Köpfe flogen in die Luft.“

Daß diese auftauchenden schwarzen Gestalten, die mit drei Schüssen zermalmt wurden, nicht Wehrlose (Frauen oder Kinder) waren, ergibt sich aus der Schreibweise dieses blutlachenden „Christenmenschen“ allerdings nicht. Das Offenburger Centrumsblatt veröffentlicht den Brief mit Wohlbehagen ohne jede Kritik! —

Husland.

Frankreich.

Ein Berichtigungsschreiben von Jules Guesde.

Paris, 7. September. (Fig. Ver.) Die Reuerungen von Jules Guesde in Amsterdam über die Republik sind auch von Clemenceau aufgelegt worden schlechthin im Sinne eines gleichgültigen Verhaltens gegenüber der Republik. Jules Guesde berichtigt in der heutigen „Aurore“ diese unrichtige Auslegung in folgendem Schreiben:

„Bürger Clemenceau! Gestern zurückgekehrt, lese ich erst heute Ihre vier Artikel in der „Aurore“. Trotzdem ich mir zur Regel gemacht habe, nach dem Dichtertwort „meines Weges zu gehen und die Leute sprechen zu lassen“, glaube ich doch, angesichts des Umstandes, daß Sie in Amsterdam nicht zugegen waren, Sie gegen Worte warnen zu sollen, die auf der Reise einigermaßen entstellend worden sind.“

Tatsächlich hat meine socialistische Auffassung, weit entfernt davon, sich „gegen die Vorteile der republikanischen Staatsform gleichgültig“ zu zeigen, vielmehr nach Marx daran erinnert, daß die Republik der ideale Boden für die von uns erstrebte Revolution ist, da sie die Massen in ihrem kollektiven und unmittelbaren Antagonismus einander gegenüberstellt, ohne daß ihr notwendiger Kampf durch dynastische Berechnungen und Manöver gefährdet werden könnte. Aber, nachdem ich so die starke Seite (vertu) oder die Ueberlegenheit des republikanischen

In der zum australischen Staatenbunde gehörenden Kolonie Westaustralien ist am 1. Juli 1904 ein Fabrikgesetz in Kraft getreten. Der Wortlaut des Gesetzes wird im Bulletin des Internationalen Arbeitsamtes veröffentlicht. Das Gesetz unterscheidet sich sowohl materiell wie hinsichtlich seiner Technik so vorteilhaft von deutscher Arbeiterfrage-Gesetzgebung, daß es nützlich erscheint, einiges Charakteristische daraus mitzuteilen. Es wird nicht nur für Arbeiter interessant, sondern selbst für Gesetzgeber recht lehrreich sein.

Zunächst ist schon bemerkenswert, daß das Gesetz erst am 16. Januar 1904 erlassen wurde und schon am 1. Juli in Kraft getreten ist. Unter der Überschrift „Einleitende Bestimmungen“ giebt es Definitionen der darin vorkommenden wesentlichen Ausdrücke, darunter die wichtigste die Definition des Wortes „Fabrik“ ist und diese Definition ist einfach, umfassend und zweifelsfrei.

Fabriken dürfen nicht betrieben werden, wenn sie nicht registriert sind. Bei der Registrierung muß sowohl der Betriebszweig, die Betriebsart, die Betriebskraft wie auch die Höchstzahl der zu beschäftigenden Arbeiter angegeben werden.

Das Gesetz enthält ausführliche zweifelsfreie Vorschriften über die Rechte des Fabrikinspektors gegenüber der Fabrik. Unter anderem hat der Inspektor das Recht: jede Person, die er in einer Fabrik antrifft, oder von der er begründete Ursache hat, anzunehmen, daß sie in einer Fabrik beschäftigt wird, in Bezug auf die Vorschriften dieses Gesetzes zu vernehmen und zu verlangen, daß diese Person eine Erklärung unterzeichne, durch die sie die Wahrheit der von ihr bei der Vernehmung gegebenen Aussagen bezeugt.

Doch darf bei einer solchen Vernehmung niemand gehalten werden, eine Frage zu beantworten, durch deren Beantwortung er sich selbst eines Vergehens beschuldigen würde.

Der Betriebsinhaber einer Fabrik, dessen Geschäftsführer und Angestellte haben jederzeit Anstalten zu treffen, die ein Inspektor zum Zwecke des Zutritts, der Inspektion, Prüfung und Untersuchung oder der Ausübung seiner Rechte auf Grund dieses Gesetzes oder einer gesetzlichen Maßnahme betreffend die öffentliche Gesundheitspflege in Bezug auf die Fabrik fordert.

§ 18. Von einer Person wird angenommen, sie behindere einen Inspektor in der Ausübung seines Amtes, wenn sie:

a) ohne begründete Ursache einen Inspektor auf Grund dieses Gesetzes irgend einer seiner Befugnisse oder Pflichten auf Grund dieses Gesetzes hemmt;

b) oder unterläßt, einer vom Inspektor auf Grund gesetzlicher Befugnis gestellten Aufforderung Folge zu leisten oder irgend ein Dokument beizubringen, zu dessen Herbeischaffung ihn dieses Gesetz verpflichtet;

c) jemandem am Erscheinen vor oder an der Einvernahme durch einen Inspektor verhindert oder zu verhindern sucht.

Die Arbeitszeit der Knaben und Frauen wird auf 8 1/4 Stunden täglich und 48 Stunden wöchentlich begrenzt. Keine Arbeitskraft dieser Arbeiter darf länger als fünf Stunden ohne eine Pause von 1/2 Stunden dauern. Knaben und Frauen dürfen nicht zwischen 6 1/2 Uhr abends und 8 oder 7 Uhr früh beschäftigt werden. Arbeit außer der Fabrik wird in diese Zeit eingerechnet. Ueberzeit, die mit 25 Prozent Lohnaufschlag zu bezahlen ist, ist nur für höchstens drei Stunden an einem Tage, zwei Tage in einer Woche und 30 Tage in einem Jahre gestattet.

Es werden weiter scharfe Vorschriften gegeben über Schadensersatz (der Unternehmer muß den Arbeitern geschwändriges oder schuldbares Ausbleiben oder Verlassen der Arbeit als Ursache des Schadens nachweisen).

Ausführliche hygienische Vorschriften werden gegeben. Unter anderem über Temperatur, Geruchsbelastung durch Aborte, Beschaffung von Trinkwasser. Personen, die den Arbeitern Lebensmittel zubringen, dürfen nicht in einem Gesundheitszustande sein, der nach Ansicht des Inspektors geeignet ist, Krankheitskeime oder andre Verunreinigungen auf die Lebensmittel zu übertragen. Ein Unternehmer, der nach Durchführung eines genau geregelten Sireivverfahrens eine solche Person noch weiter zum Lebensmittelauftrag verwendet, macht sich strafbar.

§ 30 bestimmt: Zur Beschränkung der Krankheitsgefahren infolge von Ansetzung sollen die folgenden Vorschriften Anwendung finden:

1. Es ist verboten, Güter oder Stoffe herzustellen oder zu bearbeiten oder sie zu diesem Zwecke anzunehmen in einer Fabrik

a) in der mit Wissen des Fabrikbesizers eine Person sich aufhält, die an einer ansteckenden Krankheit leidet;

b) in der eine solche Person sich zu beliebiger Zeit im Laufe der vorhergehenden 14 Tage aufhielt, es sei denn, daß und bis die Fabrik und alle darin befindlichen Güter und Stoffe zur Zufriedenheit des Inspektors desinfiziert wurden.

2. Stellt sich heraus, daß solche Güter und Stoffe in Uebertretung dieses Paragraphen in einer Fabrik sind oder waren, so darf der Inspektor sie auf Kosten des Eigentümers mit Beschlagnahme belegen, fortbringen und desinfizieren lassen. Auf summarisches Ansuchen des Inspektors können zwei Freiendrichter die Herstellung solcher Güter durch den Inspektor auf Kosten des Eigentümers anordnen.

Ein Abschnitt giebt Unfallverhütungsvorschriften. Daraus ist folgendes bemerkenswert:

„Der Inspektor kann durch Anbringung der von ihm unterfertigten Notiz: „Die Verwendung dieser Maschine ist als gefährlich verboten“ an einer Maschine, die ihm gefährlich erscheint, deren Gebrauch untersagen.

Eine solche Notiz darf nur vom Inspektor und nur dann weggenommen werden, wenn dieser sich davon überzeugt hat, daß die Maschine gesichert wurde. Bis zur Beseitigung der Notiz durch den Inspektor darf die Maschine nicht benutzt werden.

Ohne Beschränkung der Wirksamkeit der vorstehenden Bestimmungen kann der Inspektor durch schriftliche Aufforderung von dem Inhaber verlangen, eine bestimmte Maschine zu reparieren oder einzufriedigen oder einem bestimmten Defekt der Maschinerie abzuhelfen.

Werden diese Bestimmungen nicht beobachtet, so wird angenommen, die betreffende Fabrik werde nicht in Uebereinstimmung mit diesem Gesetze betrieben.“

Jede ernsthafte Körperverletzung muß dem Inspektor angezeigt werden. Als ernsthafte gilt jede Verletzung, die voranschließlich den Verletzten für wenigstens 48 Stunden arbeitsunfähig macht.

Es werden weiter weitere Vorschriften gegen Feuergefahr gegeben, Vorschriften zur Verhütung des Schwelns (Weitervergeben der Arbeit ist unbedingt verboten) und über Beschaffenheit der Wadstuben.

Sehr wertvoll sind auch die folgenden einfachen Bestimmungen: § 48. Beim Verfahren gegen einen Betriebsinhaber wegen Beschäftigung einer Person in Uebertretung dieses Gesetzes:

1. gilt die Anwesenheit einer Person in einem Teile einer Fabrik, in dem Arbeiten der Fabrik ausgeführt werden, als hinreichende Voraussetzungen für Beschäftigung der Person zu dieser Zeit in der Fabrik;

2. liegt dem Angeklagten ob, nachzuweisen, daß eine beschäftigte Person, die nach Ansicht der Richter augenscheinlich das vom Kläger angelegte Alter hat, nicht dieses Alters ist.

§ 50. Werden die Operationen einer Fabrik in verschiedenen aneinander grenzenden Gebäuden, Gesetzen oder Plätzen vorgenommen, so werden alle zusammen als ein und dieselbe Fabrik betrachtet.

Strafen, auch für Behinderung des Inspektors in der Ausübung seines Amtes, werden bis zu 200 M. verhängt, aber wenn die Zuwiderhandlung gegen das Gesetz oder eine Anordnung des Inspektors andauert, so kann für jeden Tag, an dem die Zuwiderhandlung weiter dauert, eine Zusatzstrafe bis zu 100 M. verhängt werden.

Nach der zweiten Verurteilung kann der Minister nach seinem Ermessen die Fabrik aus dem Register streichen, so daß sie nicht mehr betrieben werden darf.

Mit wenigen einfachen Bestimmungen ist hier vielen Möglichkeiten der Obstruktion rabiaten Unternehmern gegen die Durchführung

nieder. Japanische Gewehre und abgerissene Gliedmaßen flogen weit umher. Zerschmetterte fielen bis in die russische Stellung. Die Russen waren anfangs selbst wie betäubt. Am andern Tage beerdigten die Russen die Leichen. Die Zahl der japanischen Verluste konnte nicht festgestellt werden, da nur verstümmelte Leichenteile aufgefunden wurden.

Partei-Nachrichten.

Zu den verschiedenen Organisationsvorschlägen an den Bremer Parteitag nahm eine Versammlung des sozialdemokratischen Volksvereins in Krefeld Stellung. Das Referat hatte Genosse G e w e h r - Eiberfeld, Mitglied des niederrheinischen Agitationskomitees, übernommen. Gewehr trat für eine festere Organisation ein, erklärte jedoch, daß ihm der Vorschlag der Bremer Genossen in etwas zu weit ginge. Für die Ausführung eines festen Beitrags an die Hauptkasse, für Anstellung von Parteisekretären und für eine Erweiterung des Parteivorstandes ist Genosse Gewehr aber unter allen Umständen. Besonders habe er als notwendig die Erweiterung des Parteivorstandes um mehrere Personen erkannt; die Mitglieder des Vorstandes seien mit Arbeiten überlastet und könnten deshalb ihrer Aufgabe, Anregungen nach jeder Richtung zu geben, nicht nachkommen. Die Versammlung war im großen und ganzen mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und nahm zum Schluß folgende Resolution einstimmig an:

„Die heutige Generalversammlung des Volksvereins erkennt die Notwendigkeit einer Reorganisation der Partei an und erwartet vom Bremer Parteitag, daß derselbe eine straffere Centralisation schafft. Sie beauftragt den Krefelder Delegierten zum Parteitag, in diesem Sinne zu wirken.“

Aus Industrie und Handel.

Herr v. Egnern auf dem Kriegspfade. Herr v. Egnern versendet folgende Mitteilung:

„Aus Vorlesungen erfahre ich, daß der in dem Schlußpassus meines Artikels in der „Köln. Zig.“ enthaltene „Auf nach einem ehrlichen Mäcker“ mißverständlich dahin aufgefaßt worden ist, als wären Verhandlungen oder eine Verständigung zwischen der sozialdemokratischen Partei und der Hibernia-Aktionäre zur Spekulationen Ausnützung der alten Hibernia-Aktionäre benutzten Vorkaufgruppe und der Verwaltung der Hibernia im Gange. Was ich gewünscht habe und zwar gewünscht habe im allgemeinen Staatsinteresse, ist, daß „ehrl. Mäcker“ sich finden mögen, die dem Herrn Handelsminister den Weg zeigen, sich aus den Fetten zu lösen, mit denen er sich durch seine Abmachungen hat binden lassen. Die verzweifeltsten Proteste seiner Verbündeten in der Generalversammlung und die nach richtigem sozialdemokratischen Muster versuchte Obstruktionspolitik, für welche niemand anders verantwortlich gemacht werden wird als der Minister, und auf welche die Sozialdemokraten im Reichstage mit Fingern hinweisen werden, legen vollgültiges Zeugnis ab, wie berechtigt ein solcher Wunsch sein muß. Meiner auf Zahlen gestützten Ueberzeugung, daß die Hibernia nicht verstaatlicht werden wird, habe ich unumwunden Ausdruck gegeben und ich wüßte nicht, daß seit der Düsseldorf-Versammlung und nach den in ihr gemachten näheren Mitteilungen des Vorstandes über die Aussichten dieses Aktienunternehmens, für jetzt und für die Zukunft die Lage der Aktionäre anders als noch günstiger wie vorher angesehen werden kann. Wozu und worüber soll da die Hibernia verhandeln? Der Schlußpassus meines Artikels, daß es nach meiner Ansicht der künftigen Staatsregierung nicht unwillkommen sein dürfte, wenn ehrl. Mäcker ihre Dienste anbieten, wird nunmehr wohl richtig verstanden werden.“

Zunächst beweist diese geharnischte Erklärung nur wieder die allgemeine Erfahrung, daß die Kapitalisten gegenüber der Regierung niemals kräftigere Töne finden als wenn es um den Profit geht. Sodann ist die Denunziation des Herrn Köller mit der „nach richtigem sozialdemokratischen Muster versuchte Obstruktionspolitik“ ebenso lächerlich wie bewußt täuschend. Die Vertreter der Dresdner Bank haben auf der Generalversammlung der Hibernia auch nur von Rechten Gebrauch gemacht, die ihnen die privalkapitalistische Tradition und das bestehende Recht durchaus offen liegen, und der sich jetzt so entrüstet gebärende Herr v. Egnern würde ganz zweifellos in umgekehrter Lage ebenso gehandelt haben. Mit Herrn v. Egnern über sozialdemokratische Obstruktionspolitik zu diskutieren, verlangen wir uns schließlich sehr gern. Wir möchten nur noch darauf hinweisen, daß Herr v. Egnern die Erklärung auch wohl vor Kenntnis des vorgelegten Bodumer Landgerichtsurteils verfaßt hat, er könnte sonst nicht von „verzweifeltsten Protesten“ reden.

Reichsbank. Aus der gestern veröffentlichten Wochenübersicht der Reichsbank vom 7. September ergibt sich, daß die Bank einen Posten von 27 Millionen Mark Reichs-Schatzcheine übernommen hat, sodas der Gesamtbestand auf 135,6 Millionen Mark angewachsen ist. Im übrigen waren die Veränderungen der einzelnen Conten ohne Bedeutung. Das Wechselportefeuille verringerte sich um 24,4 Millionen Mark, die Lombardforderungen gingen um 2,9 Millionen Mark zurück. Insgesamt sind gegenwärtig in Wechseln und Lombard 114,5 Millionen Mark angelegt. Die Giro-Einlagen betragen 520 Millionen Mark. Die steuerfreie Notenreserve differiert gegen die Vorwoche nur unwesentlich. Sie vergrößerte sich um 3,2 Millionen Mark und berechnet sich gegenwärtig auf 180 841 000 M.

Harpener Bergbau Aktiengesellschaft. Zu den andauernd sich über eine Verschmelzung der Harpener Bergbau-Gesellschaft mit dem Rheinischen Stahlwerken sowie mit dem Bochumer Verein erhaltenden Gerüchten wird der „Vossischen Zeitung“ von der in allen drei Gesellschaften vertretenen Finanzstelle berichtet, daß ihr hiervon nichts bekannt sei. Diese Versicherung beweist noch nicht allzu viel.

Der Ausnahmetarif für bestimmte Futtermittel wird mit Gültigkeit vom 10. d. M. für die gleiche Geltungsdauer und zu den am 10. September er. in Kraft tretenden Anwendungsbedingungen nach einer der Bestellen der Kaufmannschaft von Berlin amtlicherseits zugegangenen Mitteilung auch auf den Verband nach den in Königreich Sachsen liegenden Stationen der preussischen Staatsbahnen und den preussisch-sächsischen Gemeinschafts- und Mitbewerbstationen ausgedehnt.

Konkurs. Ueber das Vermögen der Chemischen Fabrik Dyladen A.-G., die erst Ende 1903 mit einem Aktienkapital von 600 000 M. begründet wurde, ist der Konkurs eröffnet worden. Die Hauptstelle der Vermögensgegenstände der Fabrik ist angeblich mit 400 000 M. beteiligt, doch soll sie für die Forderung ziemlich gedeckt sein, so daß ein größerer Ausfall nicht zu befürchten sei.

Kriegsenträge. Große Kriegsenträge für Rußland und Japan sind deutschen Fabrikanten erteilt worden. So hat, wie der „Konfektionär“ mitteilt, die russische Regierung 100 000 Zelte bei der Firma Strohmeier u. Co. in Konstanz bestellt. Die japanische Regierung hat 100 000 Summatragen bei der Continental Coatswool-Compagnie in Hannover in Auftrag gegeben. Die Schuhfabrik Emil Wlasig in Weihenfeld hat einen großen Auftrag auf Stiefel für russische Soldaten erhalten. Von einer Glubener Strumpfweberei sind durch Vermittelung einer sächsischen Exportfirma etwa 20 000 Duzend Paar Fehnwärmer für die russische Armee geliefert worden; wegen Lieferung von Mähen für das russische Heer schweben mit derselben Firma noch Unterhandlungen.

Neues Braunkohlenlager. Wie dänische Zeitungen berichten, hat ein Braunkohlenlager in Jelling beim Vohren in Thyregod das Vorhandensein eines starken Braunkohlenlagers konstatiert. Das etwa 18 Fuß mächtige Lager ist mit einer etwa 30 Fuß dicken Sandschicht bedeckt. Es soll jetzt die Ausdehnung des Lagers festgestellt werden, um zu sehen, ob eine Ausbeute lohnend wird.

Regimes betont habe, fügte ich hinzu, daß, wenn das Proletariat, wie das Jaurès wollte, gerade wegen dieses Regimes seinem eignen Kampfe entzogen, darauf verzichten müßte, seine eigne Republik zu errichten, um in der Verteidigung der Republik seiner Herren sich lahmlegen zu lassen (s-immobiliser), dann wäre die so aufgefaßte und so beherrschte Republik die schlimmste Regierungsform.

Es war also eine Beurteilung nicht der Republik, sondern des Gebrauches, den die Anhänger des neumethodischen Sozialismus von der Republik machen wollen.

Nach dieser Richtigerstellung dessen, was Sie meine „Ansprache“ nennen, empfangen Sie, Bürger Clemenceau, meinen revolutionären Gruß.

Clemenceau drückt in seinem Blatte die Richtigerstellung ab mit der einzigen Bemerkung, daß der Ausdruck „Ansprache“ unter seiner Feder keine ungünstige Bewertung einschleife.

Vom Kriegsschauplatz

Liegen auch heute nur wenige wichtige Nachrichten vor. Dem „Tag“ wird von einem Special-Berichterstatter aus Mulden gemeldet, daß die Räumung von Mulden im Gange sei.

Derselbe Berichterstatter berichtet auch über folgende Episode aus den Kämpfen um Liaungang:

„Am 2. September rückte das Regiment Wyborg das Dorf Schwatun. Der Regimentskommandeur veranlaßte vor dem Anmarsch zum Gefecht das Regiment vor dem deutschen Militärattaché Major v. Mandel und brachte ein Hoch auf Kaiser Wilhelm aus.“

Das Regiment Wyborg ist das Regiment, dessen Ehrenkommandeur Wilhelm II. ist. Trotzdem kann das von diesem Regiment in der Schlacht ausgebrachte Hoch auf den deutschen Kaiser nur als ganz gräßliche Taktlosigkeit bezeichnet werden. Seltsam ist nur, daß der deutsche Militärattaché sich zu einer solchen Demonstration hat mitbrauchen lassen!

Ueber die Kämpfe bei Liaungang

geht den „Times“ von ihrem Korrespondenten beim Hauptquartier der linken japanischen Armee folgender Bericht zu:

Am 30. August setzte der japanische Infanterie-Angriff ein, er scheiterte aber. Ein neuer Angriff begann darauf am 31. August um 2 Uhr morgens. Die dritte japanische Division wurde dabei von dem rechten russischen Flügel zurückgedrängt. Die fünfte Division bahnte sich mit Ketten den Weg durch die Drahthindernisse, erlitt aber furchtbare Verluste; ihr Angriff scheiterte an dem linken Flügel der Russen. Bei Tagesanbruch mußten die Japaner die Stellungen, welche sie genommen hatten, vor dem Granatfeuer der Russen räumen. Man nimmt an, daß die japanische Artillerie verscheitert auf die eignen Truppen geschossen hat. Am 31. August ging die fünfte japanische Division wieder sprunghaft vor. Die Japaner verwendeten dabei in der Schützengraben-Handhabungen in Gruppen von je 12 Mann. Auch dieser Angriff scheiterte an der zweiten Linie der russischen Verteidigungswerke. Schließlich wurde auch ein dritter verzweifelter Angriff Dlus um 7 Uhr abends niedergeworfen, obgleich ein Bataillon bis in die russischen Schützengräben gelangte. Ein weiterer Angriff war für die Nacht befohlen, aber unmöglich geworden, da Skropatkin um Mitternacht die Räumung der zweiten russischen Stellung befahl.

Diese Angriffe hatten die Japaner mehr als 10 000 Mann gekostet, ungeredet die Verluste der zehnten Division und der Armee Kuroki's. Die Japaner machten nur sieben Gefangene. Die Verluste der Japaner in den weiteren Kämpfen um Liaungang waren noch größer. In einer der geräumten Schanzen lagen russische und japanische Leichen in hohen Haufen nebeneinander. Der 1. September war ein Ruhetag. Er wurde dazu benutzt, Reserven heranzuziehen. Am 2. September morgens war Dlus Armee wieder im Kampf. Dlu und Kobzu hatten eine starke russische Stellung von 19 Kilometer Länge vor sich. Die russischen Schanzen zogen sich westlich der Eisenbahn nach Südosten durch die Bororte und Pauerenghöfste hin. Die dritte japanische Division versuchte eine Umgehung, während die ganze Artillerie der 3. Division einschließlich der schweren 15 Centimeter-Geschütze vom Centrum aus feuerte. Die 4. japanische Division rückte westlich der Eisenbahn vor. Zwei andere Divisionen sollten einen Angriff auf die Front übernehmen. Die japanische Infanterie, die übermüdet war, geriet in ein furchtbares Artilleriefeuer. General Stadelberg versuchte einen Gegenangriff auf die 5. Division, der aber mißlang. Die Japaner sahen beständig die Eisenbahnzüge abfahren. Nach Einbruch der Dunkelheit eröffneten die Japaner ein starkes Artilleriefeuer. Auf den 3. d. M. war ein allgemeiner Angriff angefangen. Der Angriff in den ersten Morgenstunden verlief. Von 9-10 Uhr vormittags entspann sich ein heftiger Artilleriekampf. Ein neuer Infanterie-Angriff um 10 Uhr scheiterte infolge des Feuers der russischen Artillerie. Der fünften Division gelang es zwar, bis in die Schanzen vorzudringen, aber nur um entsehlige Verluste zu erleiden. Die Japaner richteten darauf mit ihren zusammengeschickten Batterien ein so heftiges Artilleriefeuer gegen die russischen Linien, daß auf dem linken russischen Flügel das Feuer teilweise verstummte. Aber auch noch in der Nacht hielten die Russen die Schanzen besetzt. Um 3 Uhr morgens am 4. September rückten die Japaner wieder zum Angriff vor und konnten sich nunmehr der Eisenbahnbrücke bemächtigen, nachdem Skropatkin um 1 1/2 Uhr nachts mit den letzten sibirischen Schützen abgerückt war.

Angriffstaktik der Japaner

wird aus Paris gemeldet:

Die Russen hatten für sich den Vorteil der günstigen Position, da die bei Schussampo und Wuhien gelegenen fünf Hügel vorzüglich zur Verteidigung zu benutzen sind. Aber gegen die von Russen und auch mehreren der Militärattachés durchaus neue Angriffsform der Plünder Infanterie war kein Standhalten möglich. Die japanischen Kompagnien schienen jeden Zusammenhalt verloren zu haben. Immer 15 Mann stürmten, ohne zu schießen, vorwärts, warfen sich zu Boden, und über sie hinweg, oder seitlich von ihnen stürmten andre Abteilungen vor, bis alle in günstiger Schußweite vom Grünen Hügel lagen. Sie kümmernten sich nicht um die während des Sturmloufs erlittenen Verluste an Offizieren und Unteroffizieren, ein jeder Mann wußte genau, was die Situation erforderte. Das Schlachtfeld bot einen entsehligen Anblick. Trotz starker Livoffener gelang es nicht, die Millionen von Hügel, die von den Leichen zu den Vertumberten liegen, zu verlassen. In mancher Tranchée lagen über hundert Japaner und Russen als Opfer der grauhaften Vajonettkämpfe.“

London, 9. September. Nach hier eingetroffenen Meldungen haben die Japaner im Kampf bei Liaungang 132 Proviantwagen, 38 Munitionswagen, 97 meist unverbordene Geschütze und viele Tausende von Gewehren, Revolvern und Säbeln erbeutet.

Von Port Arthur.

London, 9. September. Dem „Reuterschen Bureau“ werden aus Nishiu Einzelheiten über den Angriff der Japaner am 3. d. M. auf Port Arthur berichtet, der durch Sprengminen scheiterte. Die Japaner marschierten durch das Thal zwischen dem Langen Hügel und dem Divisionshügel. Das Thal war von den Russen vor drei Wochen auf 1 1/2 Kilometer Länge unterminiert worden. Auf Explosivstoffe wurden Felsstücke gelegt und diese wieder mit einer Tonsschicht bedeckt. Die Tüchtigkeit der Japaner hatte einen Angriff an diesem Punkte vermuten lassen. Als nachts der Posten den Angriff der Japaner meldete, schossen die Russen nicht, sondern beleuchteten den Feind nur mit Scheinwerfern. Die Japaner eröffneten das Feuer, ohne daß die Russen erwiderten. Als die Kolonnen der Japaner sich auf dem Minenfelde befanden, wurden die Minen elektrisch entzündet. Die furchtbare Erschütterung warf selbst die Russen da-

des Gesetzes vorgeht. Es wird ganz nützlich sein, wenn wir bei Abfassung von Arbeitergesetzen von diesen Methoden zur Sicherung der Durchführung der Gesetze Lehre nehmen.

Zur Bleiweißfrage. Das von uns schon in Nr. 205 des „Vorwärts“ gekennzeichnete „Gutachten“ der rheinisch-westfälischen Maler- und Anstreicher-Innungen an den Reichsanwalt und den Minister des Innern, das sich gegen den Entwurf zur Verhütung der Bleiweißvergiftungen wendet, enthält in seiner Begründung die Behauptung: es seien in Rheinland und Westfalen in den letzten vier Jahren in den 47 Malerinnungen, die 40000 Gehilfen und Lehrlinge beschäftigten, nur 49 Blei-Erkrankungen mit vorübergehender Erwerbsunfähigkeit festgestellt worden. Demgegenüber hat die Organisation der Maler- und Anstreichergehilfen in Köln aus den gedruckten Jahresberichten der Orts-Krankenkasse für Bauhandwerker in Köln festgestellt, daß bei einer jährlichen Mitgliederzahl von 800 Anstreichergehilfen in den letzten vier Jahren 77 Blei-Erkrankungen, darunter zwei tödliche, vorgekommen sind. Die „Statistik“ der Malerinnungen ist demnach als schwindelhaft zu bezeichnen. Sie steht auf einer ähnlichen Höhe wie die „Gutachten“, die seiner Zeit durch die Bleiweißfabrikanten von den Malerinnungen eingegeben wurden. Es befanden sich darunter Gutachten von „Innungen“, die gar nicht existieren.

Eine öffentliche Maler- und Anstreichergehilfen-Versammlung in Köln nahm einstimmig eine Resolution an, worin sie die Ueberzeugung ausdrückt, daß nur auf dem Wege des Bleiweißverbots der gefährlichen Krankheit der Bleiweißvergiftungen Einhalt getan werden kann. Da aber das völlige Verbot vorläufig abgelehnt ist, nimmt die Versammlung als Abhilfsmaßnahme die bundesträchtige Verordnung an, verpflichtet sich, für deren Durchführung Sorge zu tragen, und bittet, alle Verschleierungsanträge der Innung als unbegründet abzuweisen, da die Angaben über die Krankheitsfälle und die Unerkennbarkeit des Bleiweißes nicht den Tatsachen entsprechen.

Eine Versammlung von Gewerkschaftsbeamten für Rheinland-Westfalen nahm folgende Resolution an:

„Das Proportionalwahlrecht bei der Wahl zu den Gewerkschaftsgerichten wird von den Gemeindebehörden ausschließlich zur Schwächung der Vertretung der modernen Gewerkschaften benutzt.“

Die Konferenz der Arbeiterbeisitzer verwirft deshalb das fakultative System der Verhältniswahl, das als Mittel des Klassenkampfes gegen die moderne Arbeiterbewegung ausgenutzt wird.“

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Streik der Glasermeister, Polierer und Beleger. Gestern vormittag erstatteten die Mitglieder der Lohnkommission in einer zahlreich besuchten Versammlung der Streikenden Bericht über den Stand der Bewegung und über die Verhandlungen mit der Kommission der Arbeitgeber. Das Ergebnis der Verhandlungen ist bereits, was die Hauptpunkte anbetrifft, in der Donnerstagsnummer des „Vorwärts“ mitgeteilt worden. Im allgemeinen haben sich die Arbeitgebervertreter, wie in der gestrigen Versammlung berichtet wurde, ziemlich schroff und ablehnend verhalten. So erklärte z. B. der Arbeitgeber Dittmann zu Beginn der Verhandlungen, daß er sich nicht an die Beschlüsse der Kommission binden würde, nahm aber dann diese Erklärung zurück, nachdem die Vertreter der Arbeiter deswegen seinen Ausschluß aus der Kommission beantragt hatten. Ein anderer Arbeitgeber, Herr Salomonis, pochte auf seinen Geldsack und meinte, ihm könne die Geschichte gern 30000 M. kosten, da könne es ihm nicht darauf an. Wiederum ein anderer Arbeitgeber bemerkte höhnisch, zu den Arbeitervertretern gewandt: „Wer frist denn die meisten Eisen!“ Das, wo mit solchen Redensarten „verhandelt“ wird, nicht viel herauskommen kann, ist klar. Uebrigens sind die Arbeitgeber eifrig bemüht, Streikbrecher heranzuziehen und der Herr Salomonis hat sich in Pörlitz in Bayern im Hotel National einlogiert und lebt dort wohl in der Hoffnung, daß auf seine Annonce hin die Pörlitzer Glasermeister gelaufen kommen, um in Berlin Arbeitswilligendienste zu verrichten. Er wird wohl enttäuscht werden, denn die Glasermeister Pörlitz sind vortrefflich organisiert und die Verbandsleitung in Berlin hat alles getan, um überall die Kollegen vom hiesigen Streik in Kenntnis zu setzen.

Die Arbeitgeber haben unter dem Namen „Freie Vereinigung der Glasermeisterbesitzer und verwandter Gewerbe Berlins und Umgegend“ eine Organisation gegründet, die den Zweck hat, „geschlossenen und einig den Arbeitnehmern entgegenzutreten“. So besagt ein Einladungsschreiben, das auch in die Hände der Streikleitung geraten ist. Die Arbeiter haben bekanntlich ihre Forderungen auch damit begründet, daß durch eine solche Lohnregelung der Schmutzkonkurrenz entgegengetrieben werde; das wäre eigentlich eine Aufgabe für Arbeitgeber-Organisationen, die neue „Freie Vereinigung“ zieht es wie gesagt vor, den Kampf gegen die Arbeiter zu führen. Uebrigens haben die Arbeitgeber vorgestern abend unter sich eine Versprechung gehabt, von der ebenfalls in der gestrigen Streikversammlung Bericht gegeben wurde. Dort soll der Arbeitgeber Otto Matthes gesagt haben, wenn er seinen Arbeitern Rordhäuser, wenn er ihnen Schnaps und Bier gäbe, dann ginge alles gut bei ihm. Im allgemeinen erklärte man, daß die Forderung des paritätischen Arbeitsnachweises aufrecht erhalten werden müsse und daß darauf gedrungen werden müsse, einen Tarifvertrag auf längere Zeit abzuschließen. Schließlich sprach man aber auch davon, am Sonnabend eine allgemeine Aussperrung zu veranstalten, falls die Arbeitenden nicht auf Beendigung des Streiks dringen wollten. Trotz dieser drohenden Haltung der Arbeitgeber wurde die Situation, sowohl von den Lohnkommissionsmitgliedern, als auch von dem Verbandsvorsitzenden der Streikenden hinwies, als sehr günstig bezeichnet, zumal der Glaserarbeiterverband sowohl finanziell wie auch an Mitgliedern stark genug sei, um auch einen längeren Kampf gewachsen zu sein. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die Versammlung spricht der Lohnkommission für ihr Verhalten bei den Verhandlungen mit den Arbeitgebern ihre volle Anerkennung aus und beauftragt sie, bei weiteren Verhandlungen an der bisherigen Forderung festzuhalten, aber von den gestellten Forderungen nichts abzulassen.“

An der Situation hat sich im übrigen nichts geändert, doch sollen einige weitere Firmen zum Nachgeben geneigt sein. Die nächste Versammlung der Streikenden findet am Montagvormittag statt. — Es wurde noch mitgeteilt, daß bei der Firma Schlers in Altona gestreikt wird und ein Agent aus Hamburg hier Arbeitswillige sucht.

Die Arbeiter der Kohlenfirma Dahmann u. Uno, welche auf dem Lehrter Güterbahnhof beschäftigt sind, haben die Arbeit eingestellt. Sie fordern den Reihentag und einen Lohn von 3,75 M. pro Tag. Der Inhaber der Firma, Herr Reumann, lehnte nicht nur diese Forderungen ab, sondern weigerte sich auch, mit dem Verband der Handels- und Transportarbeiter behufs Beilegung des Konfliktes zu unterhandeln. — Es sind an dem Streik viele ältere Leute beteiligt, sogar solche, die 13, 15, 18 und 20 Jahre in dem Betriebe beschäftigt waren. Man sieht schon daran, daß es sich um keinen überlegenen Schritt handelt, sondern daß die Leute durch die Not zu demselben gezwungen werden.

Der Streik der Milchhandwerker bei Döcke ist bekanntlich verloren gegangen, zumeist dadurch, daß den jungen Leuten jede Organisation fehlte, aber auch, weil die Firma genügend Streikbrecher fand. Wie sie dazu kam, darüber bringt eine bürgerliche Korrespondenz folgende merkwürdige Aufklärung:

„Der ungünstige Ausgang der Bewegung ist zum größten Teil durch den Umstand herbeigeführt worden, daß jetzt gerade die

Konfirmationen stattfinden. Die Firma hat denn auch bereits zahlreiche Konfirmationen engagiert, die, soweit sie vom weiteren Schulbesuch dispensiert worden sind, schon jetzt ihres Amtes walteten. Von den Streikenden habe ein Teil die Arbeit wieder aufgenommen, die übrigen sind entlassen.“

Die Schulaufsichtsbehörde hätte angesichts dieser Feststellung alle Ursache, sich über die Frage zu äußern, ob es in Berlin wirklich ein ausreichender Schulmangelgrund ist, daß ein schulpflichtiger junger Mensch für einen Privatbetrieb dringend als Streikbrecher gebraucht wird.

Deutsches Reich.

Von einer Urkundenfälschung Breslauer Gewerkschaftsführer machte die arbeiterfeindliche Presse ganz Deutschlands vor vier Wochen viel Wesen. Drei Vorstandsglieder des Bauarbeiterverbandes, die mit dem Arbeitgeberbunde einen Tarifvertrag abgeschlossen hatten, warteten nicht die gemeinsame Ausarbeitung des endgültigen Urkunden ab, sondern redigierten den schon seit Jahren bestehenden Maurertarif desselben Arbeitgeberverbandes nach bestem Wissen für ihre Verhältnisse um, wobei einige Fehler passierten, indem nicht vereinbarte Bedingungen im Text stehen blieben. Als sie auf diesen Irrtum aufmerksam gemacht wurden, stellten sie die Angelegenheit in einer öffentlichen Erklärung richtig. Sofort stürzte sich die „Schlesische Zeitung“ und ähnliches Geschwätz auf die drei Arbeiter und denunzierte sie der strafbaren Urkundenfälschung. Die Staatsanwaltschaft stellte sofort Untersuchungen und Vernehmungen an. Jetzt ist das Verfahren gegen die Betroffenen eingestellt worden, hoffentlich zur Beruhigung aller Scharfmacher. Denn wenn ein Breslauer Staatsanwalt sich von der Unschuld der „Urkundenfälscher“ überzeugt, dürfte es auch für die schlimmsten Arbeiterfeinde nichts mehr zu erochen geben.

Rechtsträftig geworden ist das auf einen Monat Gefängnis lautende Urteil gegen den Vorsitzenden der Breslauer Maurer wegen Verletzung eines Unternehmers. Der Verurteilte Widera hatte dem Bauniederleger Klippe gesagt, daß die Arbeit auf seinem Bau nicht eher aufgenommen wird, bis ein gemäßigter Maurer wieder eingestellt und ein schuldiger Köhler entlassen werde. Diese „Anklündigung eines Uebels“ ist auch nach dem Urteil des Ober-Landesgerichts einer Bedrohung gleich zu achten. Selbst wenn die Anklündigung nur als eine Warnung gemeint war, ist in der Beurteilung kein Unterschied zu machen.

Christliche Verräterei. Der bürgerlichen Presse wird von christlicher Seite mitgeteilt, daß der Streik der Stuckateure in Düsseldorf beendet sei. Diese Mitteilung ist nicht richtig; wahr ist, daß die Christlichen zu Verrätern an ihren streikenden Kollegen geworden sind. In einer öffentlichen Versammlung der Streikenden wurde noch in Antwesenheit und mit Zustimmung der Christlichen beschlossen, ohne Lohnherhöhung unter keinen Umständen die Arbeit aufzunehmen. Am nächsten Tage schlossen die Christlichen mit den Unternehmern einen Sondertarif ab, in welchem nur die Accordlöhne berücksichtigt werden; sie verrieten die Sache ihrer Kollegen hinter deren Rücken. Die Führer der Christlichen haben sich verpflichtet, innerhalb einer Woche den Unternehmern 200 Streikbrecher zu schaffen und sind allenthalben auf der Suche. Es wird nun ersehnt, den christlichen Verrätern überall auf die Finger zu legen, damit sie ihr Versprechen nicht halten können. Der Streik an sich steht so günstig, daß — wenn in nächster Zeit keine Streikbrecher eintreffen — derselbe mit einem Siege der Arbeiter endet.

Ausland.

Die Bauarbeiter-Aussperrung in Budapest. Von den 10000 Bauarbeitern (Maurer und Hilfsarbeiter), die vor einigen Tagen von den Meistern ausgesperrt wurden, sind jetzt etwa 1000 wieder in Tätigkeit; 33 Baumeister sind aus dem Scharfmacher-Kartell ausgetreten und haben die Forderungen der Arbeiter bewilligt. Bis zum Jahre 1903 war in Budapest nur eine sehr schwache Organisation der Bauarbeiter vorhanden, da diese nach dem im Jahre 1897 verloren gegangenen Streik gänzlich der Auflösung verfallen war. Die Löhne hatten demzufolge einen sehr tiefen Stand erreicht. Im Jahre 1903 erstarkte die Organisation wieder und es gelang den Arbeitern im Sommer vorigen Jahres einen Tarif durchzudrücken, wonach der Lohn auf 34 Heller pro Stunde festgesetzt wurde, und zwar sollten diese Abmachungen bis zum 1. März 1904 Geltung haben. In einem neuen Vertrag kam es nicht, aber die Meister verpflichteten sich zu einem Minimallohn von 36 Heller pro Stunde. In Wirklichkeit machten sie den Minimallohn zum Maximallohn, so daß die Arbeiter im Laufe des Sommers durch das Mittel des Wohlstands, das sie gegen die schlechtesten Bezahler anwendeten, den Lohn nach und nach auf 42 und 44 Heller brachten. Nun kündigten die Baumeister die Minimallöhne und führten die „freie Vereinbarung“ wieder ein und suchten den Lohn wieder auf 30 Heller herabzubringen. Dies führte zu partiellen Streiks und zum Wohlstand und so haben die Baumeister jetzt die Aussperrung beschlossen, um sich des Druckes der Organisation möglichst zu entledigen. Die Meister suchten Polizei und Regierung gegen die Streikenden mobil zu machen und dieser Tage hat die Polizei im Bureau der Bauergewerkschaft eine Hausdurchsuchung vorgenommen, ohne aber irgend etwas Befriedigendes zu finden.

Der 37. englische Gewerkschaftskongress.

Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen hatte der Kongress Stellung zu nehmen zu einer Resolution bezüglich der obligatorischen Schiedsgerichte, welche die Hofenarbeiter gestellt hatten. Es zeigte sich, daß der größte Teil der Delegierten für dieses Verfahren, alle gewerblichen Konflikte durch das obligatorische Schiedsgericht zur Entscheidung zu bringen, wenig Sympathie hat man fürchtet, daß damit die Interessen der Arbeiter einem arbeiterfeindlichen Bureaukratismus überantwortet würden. Die Resolution wurde durch Kartenabstimmung mit 869 000 gegen 383 000 Stimmen abgelehnt. Sodann sprach sich der Kongress mit 178 gegen 49 Stimmen für die Monopolisierung der Brauereiwirtschaft (Influß des Handels) durch den Staat aus. Um diese Monopolisierung zu erleichtern, soll den Gemeindebehörden das Recht eingeräumt werden, dies Gewerbe zu monopolisieren, sobald die Majorität der Steuerzahler sich hierfür ausspricht.

In der zu Gunsten des Freihandels angenommenen Resolution heißt es, daß nach Meinung des Kongresses ein Abweichen von den Prinzipien des Freihandels den Interessen der arbeitenden Klassen im höchsten Grade schädlich sei; der Schutzzoll trage dazu bei, die notwendigen Lebensmittel zu verteuern, und hindere auch den Fortschritt zu internationalen Frieden. Nur etwa 1/3 Tausend Delegierte stimmten wider diese Resolution. Daß die bekannte Wertung in den Kreisen der englischen Trades-Unionsisten gegenüber der gewerkschaftlichen Bewegung anderer Länder zum eignen Nachteil der Engländer noch immer fortdauert, bewies die Ablehnung einer Resolution mit 218 gegen 83 Stimmen, in welcher das Parlamentarische Komitee aufgefodert wird, zu allen ausländischen Arbeiterkongressen Vertreter zu entsenden und solche auch zu den englischen Kongressen einzuladen. Die Resolution war von den Tillet (Hafenarbeiter) gestellt worden, der engere Beziehungen zwischen den Arbeitern aller Länder wünscht und der hervorhob, daß man gegenseitig auf diesen Kongressen lernen könne. Steadman verwies als Schatzmeister des Kongresses auf die hohen Kosten, und ein Herr Walker von Belfast meinte, das wäre weggeworfenes Geld. Ihren antimilitarischen Geist legten die Delegierten durch die Annahme einer Resolution an den Tag, die sich gegen den obligatorischen Militärdienst, wie ihn die königliche Militärkommission in Vorschlag gebracht hat, ausspricht. Es folgte die Verhandlung über einige Resolutionen, in welchen eine Herabsetzung der hohen Naturalisationsgebühren gefordert wird, damit es auch Arbeitern ermöglicht werde, englische Staatsbürger zu werden. Diese Resolutionen fanden Annahme. Ebenfalls angenommen wurde eine Resolution, in welcher die Regierung aufgefordert wird, ein Alters-Pensionsgesetz vorzulegen, nach welchem alle Bürger (Männer und Frauen) nach zurückgelegtem 60. Lebensjahre eine Staatspension von mindestens 5 Schilling pro Woche erhalten sollen. Es folgten eine Reihe Beschlüsse, die auf dem Gebiete

des Arbeiterschutzes und der sozialen Fürsorge liegen. So wird eine bessere Fürsorge für die Blinden gefordert, 1. durch Eröffnung von nationalen und kommunalen Werkstätten mit Garantie, daß dort auch auskömmliche Löhne gezahlt werden; 2. durch Eröffnung technischer Schulen für begabte Blinde, um diese möglichst selbständig zu machen; 3. durch Zahlung ausreichender Unterstützung an minderfähige alte Blinde. Ferner wurde durch Annahme einer Anzahl Resolutionen bessere Bau- und Fabrikinspektion, Anstellung einer größeren Anzahl von Inspektoren sowie der gesetzliche Achtungstag gefordert. Auch wird eine Verminderung der Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe und eine für alle Geschäfte gleiche Ladenschlußstunde gefordert.

Verfammlungen.

Arbeitervertreter-Verein. Wichtig für Unfallverlehte sind Ausführungen, die anlässlich einer Debatte über Rückversicherungen des Reichs-Versicherungsamts am 8. September im Arbeitervertreter-Verein fielen. Die Arbeitervertreter beim Schiedsgericht und Reichs-Versicherungsamts, welche zu Worte kamen, sowie andre bei der Durchführung der Versicherungsgesetze beteiligte Redner hoben hervor, daß die Verletzten oft selbst schuld seien, wenn sie ihrer Rentenansprüche verlustig gingen. Zum Beispiel würde häufig in Verlesung des Begriffes „Unfall“ dann, wenn eine jedem augenfällige, gewalttätige Einwirkung auf den Körper nicht stattfand, sondern die Gesundheitsfähigkeit sich infolge eines weniger beachteten Vorganges entwickelte, Anspruch auf Rente erhoben. In solchen Fällen wird oft von Arbeitern die Schuld der Schwierigkeit der Arbeit oder einer Arbeitseigenheit ganz allgemein zugeschoben, weil viele Arbeiter der irrigen Meinung sind, daß auch eine langsame Schädigung des Körpers durch eine schwere oder eigenartige Arbeit zu den entschädigungspflichtigen „Unfällen“ gehöre. Diese Leute, verleitet durch ihre falsche Auffassung, beachten häufig nicht, daß eine ganz bestimmte, auf einen kleinen Zeitraum beschränkte, mehr oder minder plötzliche Einwirkung der Arbeit auf den Körper in letzter Linie es war, wovon ihr Leiden (etwa eine Anie- oder Handentzündung etc.) ausging. Gerade aber darauf kommt es an, daß bei Unfallrenten-Ansprüchen gleich von vornherein die Pflanzzeit, die zeitliche Begrenzung einer bestimmten Einwirkung auf den Körper behauptet werden kann, behauptet wird und sich schließlich nachweisen läßt. Sie gehört zum Begriff des Unfalls. Schädigungen durch langsame Einwirkung schwerer und besonders gearteter Arbeit gelten als Vertriebskrankheiten, nicht als Folgen entschädigungspflichtiger Betriebsunfälle. Für sie giebt es keine Unfallrente. — Hierüber müßten die Redner, die versicherten Arbeiter noch viel mehr belehrt werden. Auch würde sich bei manchen Erkrankungen der Beweis des Zusammenhanges mit einem Betriebsunfall viel eher führen lassen, wenn die Versicherten, die einen Unfall mit scheinbar geringen Folgen oder scheinbar ohne Folgen erlitten, alle späteren Krankheitserscheinungen gleich daraufhin untersuchen ließen, ob sie vielleicht mit dem einst erlittenen Unfall zusammenhängen. Mancher könnte sich so eine ihm von Rechts wegen zukommende Rente sichern, was ihm sonst vielleicht nicht möglich wäre.

Die Entschädigungspflicht der Berufsgenossenschaften und Kranken-Lassen neben einander während der 14. bis 26. Woche nach dem Unfall betrifft ein von Stigelmayer verlesener Bescheid des Reichs-Versicherungsamts. Darin wird ausgeführt, daß die letzte Novelle zum Krankenversicherungsgesetz mit der obligatorischen Einführung der Entschädigungspflicht bis zu 26 Wochen nicht beabsichtigt habe, die Krankentafeln zu Gunsten der Berufsgenossenschaften zu belasten, etwa durch Ueberwälzung eines Teils der Entschädigungslast aus Unfällen für die Zeit nach Beginn der 14. Woche seit dem Unfälle. Weiter heißt es: „Die Berufsgenossenschaften haben daher von Beginn der vierzehnten Woche an nach wie vor an erster Stelle auf Grund der Unfallversicherungsgesetze die Fürsorge und Entschädigung für Unfallverlehte zu leisten, ohne daß es ihnen freisteht, von einem Eintreten aus irgendwelchen Gründen (der Fall des § 11 Absatz 1 des Gewerbe-Unfallgesetzes bildet keine Ausnahme von diesem Grundsatze) abzugehen und dadurch mittelbar sich unter Umständen zu Lasten der Krankentafeln einen Vermögensvorteil durch Erparung von Ausgaben zu sichern. — Allerdings sind auch die Krankentafeln nicht mehr beauftragt, Unfallverlehte lediglich unter Hinweis auf die Leistungspflicht der Unfallversicherungsgesetze vor Beginn der 14. Woche nach dem Unfälle an im Falle etwaiger Zögerung dieser Organe ohne Fürsorge zu lassen.“ Ueber die Bedeutung dieses Bescheides für die Krankentafeln wurde sehr lebhaft debattiert. Besonders von Guffeisch wurde die Auffassung vertreten, daß die Kassen, die in freitragenden Fällen für Unfallverlehte auch noch nach Ablauf der 13. Woche eintreten, doch vielfach die Beitragsenden sein werden, weil sie volle Erträge von den verpflichteten Berufsgenossenschaften wohl kaum erlangen würden. Ihm gegenüber machte Albrecht geltend, daß sich bei einiger Vorsicht die Kassen im Zivilprozeß (gegen die Berufsgenossenschaft) zu ihrem Rechte versehen könnten. — Man besprach noch einige andre Sachangelegenheiten.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Reichstags-Wahl Schaumburg-Lippe.

Bückeburg, 9. September 1904. (Privattelegramm.) Bei der heute im Wahlkreise Schaumburg-Lippe stattgehabten Reichstags-Wahl erhielt von 707 abgegebenen gültigen Stimmen Amtsgerichtsrat Dr. Brunstermann-Stadthagen (lof.) 4516, Ringenhagen-Berford (Soz.) 2336 Stimmen. Somit ist Dr. Brunstermann (lof.) gewählt.

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

London, 9. September. (D. H.) Die nachträglich aus Tschifu gemeldet wird, sind bei der Explosion der Flattermine von Port Arthur von den 700 Mann der japanischen Kolonne die Hälfte getötet worden; auch die Verwundeten sind fast sämtlich verwundet.

Budapest, 9. September. (W. L. B.) In einer heute abgehaltenen Versammlung von Delegierten der Arbeiter aller Gewerbebezirke Budapests wurde beschlossen, den Bauarbeitern, mit denen die übrigen Arbeiter sich solidarisch erklären, während der Dauer der Aussperrung allwöchentlich eine Geldbeihilfe zukommen zu lassen.

Lemberg, 9. September. (W. L. B.) Der Verband der polnisch-ukrainischen Vereine Galiziens übernahm dem japanischen Gesandten in Wien ein Glückwunschtelegramm zum Siege der Japaner bei Liaojang.

Paris, 9. September. „Humanität“ berichtet, daß Judet aus der Redaktion des „Petit Journal“ ausgetreten sei, um die Leitung des „Clair“ zu übernehmen. Die Blätter kommentieren diesen Wechsel lebhaft.

Marseille, 9. September. (W. L. B.) Die Hafen- und Dockarbeiter, sowie die Arbeiter verwandter Betriebe beschlossen, die Arbeit bei den Arbeitgebern wieder aufzunehmen, die nicht dem Arbeitgeberbund angehören; sie werden ein Drittel ihres Lohnes dazu hergeben, um den ausländischen Arbeitern zu Hilfe zu kommen.

Marseille, 9. September. (W. L. B.) Die eingeschriebenen Seelen beschlossen den Zustand so lange fortzusetzen, bis die Arbeitgeber im Prinzip einer Regelung der Arbeit an Bord zustimmen.

Florenz, 9. September. (W. L. B.) Der Sohn eines hier ansässigen Mannes Namens Fabiani hat in Paris ein Metall erfunden, welches von reinem Golde weder in Farbe noch Qualität zu unterscheiden ist. Die Herstellungskosten des Metalls sollen sehr geringe sein; Rothschild habe bereits die Erfindung für sechs Millionen Franc angekauft.

Belgrad, 9. September. (W. L. B.) Die Regierung ordnete bis auf weiteres die zollfreie Einfuhr von Reis nach Serbien an.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Dankdorf. Da die Mitgliederversammlung des Wahlvereins für Waldmannslust und Umgebung am Sonnabend, den 3. d. Mts., nicht abgehalten werden konnte, so werden die Mitglieder darauf aufmerksam gemacht, daß dieselbe am heutigen Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr, bei Koll, „Zur Mühle“, mit derselben Tagesordnung stattfindet. Um zahlreichen und pünktlichen Besuch wird gebeten.

Nieder-Schönhausen. Am Sonntag unternimmt der Wahlverein eine Herrenpartie nach dem Liepnig-See. Die Genossen treffen sich früh 1/2 Uhr bei Wenzel, Lindenstr. 43. Abmarsch von da pünktlich 7 Uhr. Abfahrt des Zuges 7 Uhr 57 Minuten vom Bahnhof Panitzsch-Schönhausen. Freunde sind willkommen.

Tempelhof, Mariendorf und Umgebung. Heute, Sonnabend, veranstalten die Wahlvereine ein gemeinsames Herbstvergnügen im Tempelhofer Tivoli, Inhaber G. Stein, Verlinserefer. 60. Das Fest findet statt unter Mitwirkung des Berliner III-Bezirks etc. Es wird alles aufgeboten werden, um den Parteigenossen ein angenehmes Fest zu bereiten. Um zahlreichen Besuch bitten Die Vorstände.

Tempelhof. Sonntagnachmittag 4 Uhr findet im Lokale Tempelhofer Tivoli, Inhaber G. Stein, eine Vereinsversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Nach der Versammlung ist ein gefelliges Beisammensein in demselben Lokale. Um zahlreichen Besuch bitten Der Vorstand.

Lokales.

Wieder zwei Stadtverordneten-Ersatzwahlen!

Das Jahr 1904 ist ungewöhnlich reich an Stadtverordneten-Ersatzwahlen der dritten Abteilung. Im Frühjahr waren zwei Ersatzwahlen vorzunehmen: im 32. Bezirk, weil dem Stadtverordneten Genossen Leid wegen „Majestätsbeleidigung“ sein Mandat aberkannt worden war, und im 40. Bezirk, weil der Stadtverordnete Genosse Friedenberg sein Mandat niedergelegt hatte, um zur Wiederherstellung seiner Gesundheit nach Ägypten zu gehen. Im Herbst haben wir wieder zwei Ersatzwahlen: im 22. Bezirk, weil der Stadtverordnete Genosse Friedberg sein Mandat niedergelegt hat, und im 30. Bezirk, weil der bisherige Vertreter, der freiwillige Stadtverordnete Sutter, gestorben ist.

Ob nicht auch noch im 17. Bezirk eine Nachwahl stattfinden muß, das wird von dem Ausgang der Klage abhängen, die gegen die Ungültigkeitserklärung der Wahl unfrö Genossen Kerstin angestrengt worden ist. Vorläufig aber kümmern uns nur der 22. und der 30. Bezirk. Der 22. Bezirk liegt im vierten Reichstags-Wahlkreis, der 30. größtenteils im fünften, zu einem kleinen Teil im sechsten Reichstags-Wahlkreis. Zum Wahlbezirk 22 gehören die Stadtbezirke 152, 153, 154, 155, 156, 158, 159, d. h. der größte Teil der Großen Frankfurterstraße mit ihrer nördlichen und südlichen Umgebung. Der Wahlbezirk 30 umfaßt die Stadtbezirke 210, 211, 212, 213, 214, 215, 256, d. h. die Große Hamburgerstraße mit ihrer östlichen und westlichen Umgebung sowie die angrenzenden Straßen der Ader- und der Bergstraße bis etwa an den Pappelplatz.

Im 22. Bezirk wurde im November 1901 der Vertreter der Sozialdemokratie mit einer so stattlichen Mehrheit gewählt, daß wir dem Ausgang der Ersatzwahl mit ziemlicher Ruhe entgegensehen können. Von 6548 eingeschriebenen Wählern beteiligten sich 2219, und von diesen gaben 1645 ihre Stimme für uns ab. Der „entschieden freisinnige“ Gegenkandidat brachte es nur auf 529 Stimmen und ein dritter Bewerber, der sich versahmt nur als „liberal“ bezeichnete, fand ganze 45 Anhänger. Der Freisinn wird vermutlich den Kampf um den Bezirk noch nicht aufgeben, sondern auch diesmal noch mit einem Kandidaten auf dem Plan erscheinen. Wenn aber alle unsre Genossen im 22. Bezirk ihre Pflicht thun, so werden wir nicht nur das Mandat behaupten, sondern auch den Beweis liefern können, daß in diesem Stadtteil die Zahl unsrer Anhänger seit den letzten Wahlen wieder noch um ein beträchtliches zugenommen hat.

Der 30. Bezirk gehört zu denen, die erst durch die Sozialdemokratie erobert werden sollen. Das vorige Mal, im November 1899, gelang das noch nicht. Wird es uns diesmal gelingen? 1899 kamen von 6347 eingeschriebenen Wählern 2121 zur Wahl, und davon stimmten 1145 für den Freisinn. Das war nur noch eine knappe Mehrheit. Die Fortschritte, die wir bei den Stadtverordnetenwahlen der letzten Jahre in allen Stadtteilen gemacht haben, berechtigen zu der Hoffnung, daß der Freisinn auch hier diesmal nicht mehr die Mehrheit behalten, sondern es höchstens noch zu einer Stichwahl bringen wird. 1899 fielen von der kleineren Hälfte der Stimmen die Bürgerpartei, 453 auf die Sozialdemokratie. Die Bürgerpartei hat ja inzwischen so weit abgewirtschaftet, daß 1903 ihr letzter Stadtverordneter hinausgewählt wurde. Will sie im 30. Bezirk noch einmal mitmachen, so wird sie sich diesmal wohl mit dem dritten Platz begnügen müssen. Welches dann das Ergebnis der Stichwahl sein wird, darüber wollen wir uns heute noch nicht den Kopf zerbrechen. Die Wahl im 30. Bezirk muß und wird zeigen, daß den Fortschritt der Sozialdemokratie nichts aufhalten kann. Früher oder später werden wir in jedem Bezirk der 3. Abteilung die Mehrheit erreichen.

In der gestrigen Magistratsitzung wurde der Donnerstag in sein Amt eingesetzte Stadtrat Maas vom Oberbürgermeister Kirchner begrüßt. Zum Direktor der vierten städtischen Realschule wurde der Oberlehrer Professor Dr. Langer vom Magistrat gewählt, und zu Oberlehrern Dr. Wolbe (fünfte Realschule), Kandidat Hartung (Frankfurt a. O.) zum Oberlehrer der zehnten Realschule, und der Hilfslehrer Lange zum Oberlehrer an der zweiten Realschule, sowie Fräulein Lehmann zur ersten Lehrerin an der Sophienschule. Der Magistrat beschloß, den Kreis für Fortschaffung, Reinigen und Befestigen eines Abfließers des städtischen Kanalisation auf 5 Pf. festzusetzen. Zur Enthüllung des Robert Jelle-Denkmal ist der Magistrat zum Montag, den 19. d. M., eingeladen worden.

Der neue Wohnungs-Gesetzentwurf. Die Fraktion der Linken, die Stadtverordneten Haberland und Genossen, haben der Berliner Stadtverordneten-Versammlung folgenden Antrag unterbreitet: „Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Magistrat, möglichst gemeinsam mit anderen Städten geeignete Schritte zur Abwendung der Gefahren einzuleiten, welche durch Bestimmungen des neuen Wohnungs-Gesetz-Vorschlages, insbesondere durch die beabsichtigten Änderungen des Flüchtlings-Gesetzes vom Jahre 1873 der Selbstverwaltung der Kommunen drohen.“

Die Dürre dieses Sommers. Ein weiteres starkes Fallen des Wasserpiegels der Spree ist in den letzten 48 Stunden festgestellt worden. Der Pegel im Landwehrkanal ist um vier Centimeter, im Spreekanal um drei Centimeter und in der Spree um zwei bis fünf Centimeter gefallen. Auch die Havel hat noch nicht ihren niedrigsten Stand erreicht. Anfang dieser Woche war der Wasserlauf zwar bis auf acht Centimeter gesunken, ist jedoch inzwischen wieder gefallen und bei Rathenow um drei, bei Brandenburg um einen Centimeter unter den bisherigen niedrigsten Stand gesunken. Der Pegel bei Brandenburg zeigte gestern 0,45 unter

Kull, der niedrigste bisher überhaupt bekannte Stand. — Der Grundwasserspiegel in der Umgebung Berlins ist zwar langsam, aber ständig gefallen und befindet sich gegenwärtig etwa 1 1/2 Meter unter normal. Unter diesen Umständen beginnt die Wasserzufuhr der Brunnen, die keine Wasserleitung haben, zu leiden. Flache Brunnen sind schon seit längerer Zeit versiegt, neuerdings beginnt auch das Wasser in den Tiefbrunnen knapp zu werden, so daß diese gesenkt werden müssen. — Als eine Folge der Dürre ist seit kurzem in der Milchverföhrung Berlins eine Stöckung eingetreten. Die märkischen Bauern haben wegen des Futtermangels den Viehbestand vielfach sehr eingeschränkt und liefern kaum halb so viel Milch als früher. Die Pächter sind infolgedessen nicht in der Lage, genügende Mengen Milch aufzutreiben, und die Milchhändler haben zumeist schon in den frühen Nachmittagsstunden ihren Vorrat ausverkauft. Die Nachmittagslieferung bleibt vielfach gänzlich aus.

Kommunalfortschrittliches von der Schule. Die Berliner Schulverhältnisse sind geflern in der Magistratsitzung behandelt worden. Es wurde beschloffen, keine der bestehenden Anstalten in irgend einer Weise zu ändern, ferner ein Reform-Gymnasium nicht einzurichten. Dagegen soll eine neue (die 14.) Realschule in Berlin eröffnet werden; ebenso eine Ober-Realschule, welcher als Unterbau die Einrichtung der bestehenden Realschulen dienen soll. Endlich soll eine neue höhere Mädchenschule errichtet werden, welcher Gymnasialkurse angehängt werden sollen.

Eine Warnung vor Berliner Heiratsvermittlern hat, wie wir bereits meldeten, das österreichische Ministerium des Innern erlassen. In dem an sämtliche politischen Landesstellen gerichteten Erlaß heißt es: „Eine Reihe von in Berlin bestehenden Heiratsvermittlungs-Unternehmungen suchen mit Erfolg auch in Oesterreich einen regen Geschäftsbetrieb zu entwickeln. Wiederholt vorgekommene Verschwerden lassen es geboten erscheinen, das Publikum vor dem schwindelhaften Treiben dieser Unternehmungen nachdrücklich zu warnen. Der Geschäftsbetrieb der Institute vollzieht sich in nachstehender Weise: Dieselben inserieren entweder allgemein als Heiratsvermittler mit dem Zusatz: „Für Damen kostenfrei“, um sich Widnisse und Angebote von Frauenpersonen zu beschaffen, oder um Besuche von Männern zu erhalten, auf die es ihnen allein ankommt. Wenn sich jemand auf ein solches Inserat meldet und wenn er auf die Sache eingeht, so erhält er eine Nachnahmebescheinigung. Der Nachnahmebetrag schwankt zwischen 10 und 50 M. Die Nachnahmebescheinigung enthält ein Blatt mit den „Ausführungsbestimmungen“. Dankfugungen und Vermählungsanzeigen von angeblich durch das Institut zusammengebrachten Paaren (nur mit Chiffren bezeichnet). Die sogenannte Damenliste und Frauenbildnisse. Die sogenannte Damenliste enthält ohne Namen unter Nummern eine Art Nationale zahlreicher Frauenpersonen: Alter, Personenbeschreibung, Familienverhältnisse, Bildungsgang, Vermögen, Ansprüche. Mit den Nummern der sogenannten Damenliste korrespondieren die Nummern auf den Frauenbildnissen. Diese sind offenbar mechanische Massenproduktionen von Photographen, deren Aufnahmen, nach der Bekleidung der dargestellten Frauenpersonen zu schließen, meist vor sieben oder acht Jahren und noch früher gemacht worden sein müssen. Der jugendliche Mann muß direkt mit der erwählten Frauenperson korrespondieren, indem er den mit der betreffenden Nummer der sogenannten Damenliste adressierten, verschlossenen Brief dem Institut zur Weiterbeförderung einschickt. Erfolgt hierauf keine Antwort und der Besessene beschwert sich, so erklärt das Institut, die Dame, deren Name natürlich nicht genannt wird, wolle von dem Suchenden eben nichts wissen. Erstattet der Heiratskandidat eine Strafanzeige, so geht der Vermittler entweder eine im entferntesten Auslande wohnende, schwer oder gar nicht erreichbar Person als die betreffende Dame an oder will deren Angebote auch nur unter Scheinnamen erhalten haben, so daß ihm die Merkmale des Betruges nicht nachzuweisen sind. Die Höhe des Nachnahmebetrages, um welchen die einzelnen geschädigt erscheinen, wird mit den Unkosten des Instituts motiviert.“

Kindesandereungen. Das Polizeipräsidium teilt mit: Am 8. d. M. nachmittags — übergab eine 18- bis 20jährige Frauenperson an der Domänen- und Kommandantenstrassen — eine ältere Frau ihr circa vier Wochen altes Kind (Mädchen) mit der Bitte, dasselbe solange zu behalten, bis sie eine in der Nähe befindliche Bedürfnisanstalt aufgesucht habe. Da die Person nicht wieder zurückkehrte und spurlos verschwunden war, ist anzunehmen, daß sie sich ihres Kindes auf diese Weise hat entledigen wollen. Das Kind ist dem Waisenhaus übergeben worden. Zweckdienliche Angaben zur Ermittlung der Mutter des Kindes werden mündlich oder schriftlich auf jedem Polizeirevier oder im Polizeipräsidium, Zimmer 818 zur Nr. 8187 IV/27. 04 entgegengenommen. — Am 8. dieses Monats vormittags gegen 8 Uhr ist im Hause Gröfstrasse 8 im Erdgeschoß des Ouergebäudes vor der Thür zur Wohnung des Omnibusführers Kröplin von einer unbekannt gebliebenen Frauenperson ein vier Wochen altes Mädchen ausgeführt worden. Das Kind war mit einem weissen und rot gestreiftem Kleide bekleidet, trug einen weissen Lätz und war in ein braun- und grauvertiertes Umkleetuch eingewickelt. Das Kind ist im Waisenhaus untergebracht. Zweckdienliche Nachrichten über die Persönlichkeit der Frauenperson und des ausgeführten Kindes werden von der Kriminalpolizei — Zimmer 834 des Polizeipräsidiums — zu Nr. 8298 IV. 27. 04 mündlich oder schriftlich entgegengenommen.

Zum Lustmorde. Große Menschenansammlungen fanden Freitagabend in der Franzosistrasse statt, weil das Gerücht verbreitet war, daß der Mörder v. Wulfe durch Kriminalbeamte in den Abendstunden nach seiner Wohnung transportiert werde, um an Ort und Stelle Auskunft über die Vorgänge bei der Mordtat zu geben. Bald hatten sich mehr als tausend Menschen auf der Straße eingefunden und mehrfach wurde die Drohung laut, daß man den Verbrecher bei seinem Erscheinen lynchen werde. Es war deshalb auch ein stilles Schumannsangebot zusammengezogen, das jedoch keinen Anlaß zum Einschreiten fand. Als bis 10 Uhr der Erwartete nicht eintraf, zerstreute sich die Menge.

Wenn der Arbeiter alt wird. Der 50 Jahre alte aus Löwenberg gebürtige Maurer Gustav Krüger war seit 30 Jahren lungenleidend. Vor vier Wochen aus dem Krankenhaus entlassen, fand er bei einer Frau Wiete in der Pappel-Allee 21a eine Schlafstätte. Er klagte, daß er nun von der Krankenkasse nichts mehr bekomme, weil die Zeit abgelaufen sei, und daher keine Wiete bezahlen könne. Aus Mitleid befreit ihn seine Wietin bis vor 14 Tagen bei sich, riet ihm aber wiederholt, sich an den Armenvorsitzer zu wenden. Jedesmal erklärte der Kranke, daß er dazu zu stolz sei, ging endlich weg und ließ nichts mehr von sich hören. Vorgeföhren nachmittags kurz vor 2 Uhr kam er vollständig erschöpft nach der Bedürfnisanstalt an der Ecke der Kasanien- und Schönhauser Allee, brach dort zusammen und verschied auf der Stelle. Ein Arzt konnte nur noch feststellen, daß er wahrscheinlich an allgemeiner Körperschwäche gestorben war.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Seit kurzer Zeit werden als Postlager zu Zeitungen Prospekte verbreitet, auf welchen Max Egert, Berlin, Jerusalemstrasse 66, zur Bestellung von Ottoman- Staats-Eisenbahnlosen einlädt. Die Prospekte (auf grünem Papier), welche nicht etwa von einem deutschen Unternehmer, sondern von einem der wiederholt öffentlich besprochenen Amerikaner Paninsstitute ausgehen, scheinen geeignet, das unwissende Publikum zu täuschen. Sie enthalten neben den Ankündigungen „Willigste Lose der ganzen Welt!“, „Jedes Los muß gewinnen!“, „Keine Aktien!“ in Fettdruck die Worte „3 ganze Originallose nur 5 Mark!“, erst die genauere Betrachtung des zartgedruckten ersten Teiles des Satzes läßt erkennen, daß „5 Mark“ nicht der Kaufpreis für zwei ganze Originallose, sondern eine monatliche Vergütung

von „Zinsen, Verwaltungskosten etc.“ für die auf Kredit zu laufende Originallose sein soll. Es wird hierzu bemerkt, daß die erwähnten Lose, die sogenannten „Türkenlose“, Prämienloschen sind, die z. Bt. im Laufe über 128 M. stehen, daß also derjenige, welcher auf Grund des Prospektes eine Bestellung auf zwei solcher Lose macht, eine Zahlungsverpflichtung auf ca. 256 M. eingeht, ferner die Verpflichtung übernimmt, bis zur Abnahme der Ziehungen der betr. Lose — die letztere kann sich bis zum Jahre 1974 erstrecken — monatlich je 5 M. für „Zinsen, Verwaltungskosten etc.“ zu entrichten. Die Leser des Prospektes werden deswegen, um nicht unvorhergesehene Vermögensschädigungen zu erleiden, zur Vorsicht angehalten.

Der Landmann. Der Kaufmann Stark aus Galizien betreibt in der Blankenfeldestr. 8 eine Biergroßhandlung. Vor acht Wochen kam ein junger Landmann von ihm, ein 19 Jahre alter Handlungsgehilfe Michael Schönbach nach Berlin und klagte ihm seine Not. Stark nahm sich seiner an, gab ihm Beschäftigung und versprach ihm, auch weiter für sein Fortkommen sorgen zu wollen. Aber der junge Mann lobnte das Wohlwollen sehr schlecht. Am vergangenen Montagnachmittag sollte er Kleinhändler, Kunden seines Arbeitgebers, besuchen. Ein Kurische begleitete ihn mit einem mit Eisen beladenen Handwagen. In der Blumenstraße schickte er den Jungen unter dem Vorwande, daß er allein einen guten Kunden besuchen wolle, mit dem Wagen wieder nach Hause. Dann ging er weiter und kam nicht wieder. Als Stark nach langem vergeblichen Warten endlich das rätselhafte Verschwinden seines jungen Landmannes aufzuklären versuchte, fand er, daß er für 600 Mark Lieferungscheine gefälscht, außerdem 50 M. unterschlagen und mit dem Gelde das Weite gesucht hatte. Der Flüchtige wird jetzt wegen Unterschlagung und Urkundenfälschung von der Kriminalpolizei gesucht.

Die 6. Berliner Saison des Cirkus Albert Schumann wird anfänglich des zwanzigjährigen Bestehens der Gesellschaft ein ganz besonders wirkungsvolles Gepräge erhalten. Am Sonnabend, den 17. September dieses Jahres, abends 7 1/2 Uhr, findet die Gala-Eröffnungsveranstaltung statt, deren Programm die erstklassigsten Attraktionen der Gegenwart aufweist. Unter anderem wird Georg Kurich, der stärkste Athlet der Gegenwart, debütieren. Neben den Dressuren des Herrn Direktor Albert Schumann werden die Vorführungen des französischen Naturforschers Mr. Vernelet mit seinen 40 Kolobilen in einem eigens konstruierten, in riesigen Dimensionen gehaltenen Glasbassin Sensation erregen. Mr. Albert Carro wird einen Dressurakt mit 30 ausserlesenen Pferden und einer Reute von 20 Hunden bringen, der durch die Reueit der gezeigten Produktionen die Bewunderung aller Fachleute und Laien erregt. Den Clou bildet die Erstaufführung der historischen Ausstattungspantomime „Michael Strogoff, der Kurier des Zaren“.

Ein Zusammenstoß zweier Straßenbahnwagen hemnte gestern abend auf längere Zeit den Verkehr im Süden Berlins. Gegen 8 Uhr rammten zwei Wagen der Linien 64 und 88 an der Hork- und Bellealliancestrassen-Ecke zusammen. Beide Wagen wurden stark beschädigt; die Fahrgäste kamen mit dem bloßen Schrecken davon.

Das Gartenauer von der Hasanenstraße bis zur Lichtenstein-Gründe wird behufs Herstellung eines Regenkanals nach dem Landwehrkanal vom 12. d. M. ab bis auf weiteres für Fußwege und Reiter gesperrt.

Feuerbericht. Die böstwilligen Alarmierungen der Wehr wollen kein Ende nehmen, denn es vergeht jetzt fast kein Tag, an dem nicht ein derartiger Fall zu verzeichnen ist. In der Nacht zum Freitag wurde der öffentliche Feuerwehler in der Jagowstraße wiederum böstwillig gezogen, ohne daß es gelang, den Frevler zu ermitteln. — Zur selben Zeit hatten in der Lindowstraße 11 Bretter in einer Tischerei Feuer gefangen, während am Grinen Weg 119 ein Pohlen Spane in einem Keller in Flammen stand. In beiden Fällen konnte indes die Gefahr leicht beseitigt werden. — In der Reuen Schönhauserstraße 14 mußte später ein Brand abgelöscht werden, der den Fußboden und die Wollenkappe ergriffen hatte. — Röhlen brannten auf dem Anhalter Güterbahnhof. — Gegen Abend erfolgte ein Alarm nach dem Passage-Theater, wo infolge Kurzschlusses an dem Schaltapparat ein Feuer entstanden war. Ein Mann trug dabei Brandwunden an den Händen davon. Die Wehr beseitigte die Gefahr in kurzer Zeit. — Außerdem erfolgten noch von einigen anderen Orten Alarmierungen, die indes auf „blinden Lärm“ zurückzuführen waren.

In Sanssouci, wo sonst die Norddeutschen Sönger unter Herrn Hoffmanns Leitung ihre ersten und helleren Lieder zum besten geben, wird an zwei Tagen der Woche gemint. Solches geschah an dieser Stätte bereits im vorigen Jahre, doch scheint es, als ob das Programm sich jetzt abwechslungsreicher gestalten wolle. Wir haben vorgeföhren eine Poste von Postl. „Die Randöber von Berlin“ und wollen gleich bemerken, daß ganz vortrefflich gespielt wurde. Kein Wunder allerdings, wenn man erwägt, daß Herr Adolf Hoffmann selbst die Hauptrolle des Stückes übernommen hatte und auch die übrigen Partien wohlbewährten Kräften anvertraut waren.

Eine andre Frage ist es allerdings, ob die Poste selbst vor der Gegenwart noch stand halten kann. Ihr Held ist der lügenhafte Voller alten Schlags, der seine Maurer in Kommando hat, nach Kräften ihre Erziehung leitet, sie vor allzu starken Rauschen zu schützen sucht und an ihrem Familiengeschick väterlichen Anteil nimmt. Wo ist eine solche Gestalt in der Gegenwart zu finden, wo gerade im Waageverhalte alle persönlichen Beziehungen unterdrückt sind und der Arbeiter nur als Apparat zur Erzeugung von Mehrwert in Betracht kommt? Ähnlich veraltet wie dieser Voller sind die übrigen Figuren des Stückes, von denen die lebenslustige Konfektionseuse mit dem Herz auf dem rechten Fleck die Zuschauer wohl zu rühren weiß. Aber wenn an vornehmerer Stätte alte Posten aus den vierziger Jahren ausgegraben werden, warum soll dann das Kunstinstitut in der Stottbuserstraße nicht ein gleiches versuchen? Es schien denn auch, daß trotz alledem das Publikum nicht allein an der Darstellung, sondern auch an dem Inhalt des Stückes lebhaften Anteil nahm.

Die Direktion des Palais-Theaters bittet uns mitzuteilen, daß der Spezialitätenabend am 8. d. M. um 8 Uhr beginnt, während die Ausstattungsposte „Von Himmel zur Hölle“ um 1/9 Uhr in Scene geht. Der Einlaß ist Wochentags um 7 Uhr, am Sonntag um 6 Uhr.

Aus den Nachbarorten.

Die Rixdorfer Stadtverordneten waren am Donnerstagabend nach längerer Ferienpause zur ersten Sitzung zusammengetreten. Bürgermeister Boigt führte die neu gewählten Stadträte Mier und Blische in ihr Amt ein und vereidigte sie in der üblichen Weise. Nach Mitteilungen des Vorstehers, aus denen hervorzuhellen ist, daß einzelne städtische Verwaltungszweige wesentlich höhere Ueberhöffe ergeben haben als im Voranschlag festgesetzt ist (Hauptetat, Ordinatum 400 000, Kanalisation einschließlich Wahnmannsdorf 144 000, Gasanstalt 161 000 M.), nahm die Versammlung Ergänzungsmaßnahmen für den Magistrat vor. Am 31. März 1905 läuft die Wahlperiode der Stadträte Kirchner, Marggraf, Niemeß und Wilschke ab. Die Herren wurden sämtlich wiedergewählt gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Fraktion, welche als Protest gegen das Vorkaufsrecht der Regierung weiche Stimmzettel abgaben. — Die durch die Neuwahlen für den Magistrat erledigten beiden Stadtverordneten-Mandate sollen auf Vorschlag des Wahlausschusses in Kürze zur Ersatzwahl gestellt werden. — Derselbe Ausschuß empfiehlt die gegen die Wichtigkeit der Stadtverordneten-Wahlkreise erhobenen 51 Einwendungen dahin zu erledigen, daß 45 davon anerkannt, diejenigen jedoch des Arbeiters Warlowitz,

des Invaliden Brose, des Arbeiters Hanisch, des Tischlers Hoffmann und des Arbeiters Lorenz abgewiesen werden. Die Versammlung stimmte diesem Antrage einstimmig zu. — Am 9. Juni dieses Jahres wurde die Aufnahme einer Anleihe von 900 000 M. für eine Erweiterung der städtischen Gasanstalt beschlossen. Die Genehmigung hierzu ist jetzt eingetroffen. Der Magistrat beantragt nun im Einverständnis mit der Deputation für die städtischen Beleuchtungsanstalten die Bewilligung eines Teiles dieser Anleihe und zwar 269 000 M. Davon sollen 250 000 M. zur Erweiterung des Rohrnetzes und 19 000 M. zur Anschaffung eines Gasfängers und eines Stadtdruckreglers verwandt werden. Um die Leistungsfähigkeit der Gasanstalt nicht in Frage zu stellen, ist die unverzügliche Inangriffnahme dieser Erweiterungen notwendig. Die Versammlung trat dem Magistratsantrage bei. — Der Regelung a) der Weichselstraße von der Weyer bis zur Pfälzerstraße, b) der projektierten Straße 20 (Nanfenstraße) von der Pfälzerstraße bis zum Hauptbahnhof, c) der Straße 84b vom Richardplatz bis zur Straße 184 wurde im Sinne der Vorlagen des Magistrats zugestimmt.

In geheimer Sitzung wurde dann die Neuregelung bezw. Festsetzung der Pflichtstundenzahl für die Direktoren an den städtischen Gemeindeschulen beraten. Die Magistratsvorlage besagt, daß es zunächst in Anbetracht des verschiedenen Umfangs unserer Schulen (14—24 Klassen) notwendig ist, mit dem bisherigen Modus zu brechen, nach welchem alle Direktoren gleichmäßig 18 Pflichtstunden erteilen, gleichviel, welche Anzahl Klassen ihrer Aufsicht unterstellt ist. An diese Stelle müsse eine Staffelung treten. Aber auch eine allgemeine Ermäßigung der Pflichtstundenzahl sei deshalb notwendig, weil sich in den letzten Jahren die Amtsgeschäfte der Direktoren wesentlich vermehrt haben, und weil ferner eine möglichst umfassende Beaufsichtigung des ganzen Schulbetriebes seitens des Schulleiters wünschenswert sei. Die Vorlage setzte daher für die Direktoren, welchen a) 14—16 Klassen unterstellt sind, b) für solche mit 17—19 Klassen 14 und c) für solche mit 20 und mehr Klassen 12 wöchentliche Pflichtstunden fest. Obwohl die hier angeführten und viele andere gewichtige Gründe für diese Regelung sprachen, wurde die Vorlage, für die nur die socialdemokratische Fraktion eintretet und stimmte, dennoch abgelehnt. Angenommen dagegen wurde ein Antrag, der die Pflichtstundenzahl auf 18 bzw. 16 und 14 normiert. — Neben der Genehmigung einiger Vorlagen, die Beamtensangelegenheiten betrafen, nahm die Versammlung noch die Wahl von Mitgliedern und Stellvertretern für die Einkommensteuer-Voreinschätzungskommission im Bezirk Hafendie vor; gewählt sind u. a. auch die Genossen Schwieger und Stöhr. Nach Ernennung von Schiedsmännern und Schiedsmanns-Stellvertretern sowohl als auch von Armenpflegern wurde die Sitzung geschlossen.

Neue Straßennamen. Durch Erlass des Kaisers haben die nachstehend bezeichneten, bisher unbenannten Straßen des Gemeindebezirks Charlottenburg folgende Namen erhalten: die bisherige Straße 1b Abteilung V den Namen Giesebrechtstraße. Sie führt vom Kurfürstendamm nahe der Leibnizstraße in nordwestlicher Richtung bis zur Wilmersdorferstraße, wo sie mit der Wilmersdorferstraße zusammentritt; ferner die Straße 12b, die vom Beginn der Wilmersdorferstraße durch die frühere Flora nach dem Luisen-Platz führt, den Namen Götterstraße; sodann die Straße 12c, die von der Berlinerstraße durch die Flora nach dem Charlottenburger Ufer führt, den Namen Lohmeyerstraße; die Straßen 9a, 9b und 9c, die von der Leibnizstraße in gleicher Linie mit dem Kurfürstendamm bis zur Joachim-Friedrichstraße, der Verlängerung der Hohendorferstraße auf Halensee Gebiet, führen, den Namen Ebelstraße. Den Straßen 2 und 3 der Abteilung VI jenseits der Spree ist die Bezeichnung Tegeler Weg, zu dem sie gehören, beigelegt worden.

Privatdortort Jastrow-Charlottenburg, der sich gegenwärtig auf einer volkswirtschaftlichen Studienreise durch Nordamerika befindet, ist von dem Präsidium des „Internationalen wissenschaftlichen Kongresses“, der vom 19. bis 25. September in St. Luis tagt, aufgefordert worden, das Fach der Verwaltungswissenschaft als einer der amtlichen Redner zu übernehmen. Die Veranstaltung in St. Luis ist der erste wissenschaftliche Kongress, der der Verwaltungswissenschaft einen selbstständigen und, nach der bisher veröffentlichten Fassung des Programms zu schließen, einen sehr weiten Raum gewährt.

Schöneberg. Um einem längst gefühlten Bedürfnis abzuhelfen, soll nach einer Vorlage des Magistrats eine neue selbständige Stadtratsstelle geschaffen werden. Natürlich wurden gelegentlich der Beratung in der letzten Stadtverordnetenversammlung wieder verschiedene Wünsche in Bezug auf das dem neuen Stadtrat zu übertragende Decretat geäußert. Während von der einen Seite die neue Kraft für das höhere Schulwesen requiriert wurde, verlangten andere eine stärkere juristische Unterstützung für das Grundbesitzwesen, also — für die Hausbesitzer. Vorläufig soll erst noch ein Ausschuss über die Stadtratsfrage „beraten“.

Lichtenberg. Die Gemeinde-Vertretung genehmigte in Ausführung des Fleischbeschaugesetzes die Ortspolizei-Verordnung und ein Ortsstatut über die Errichtung einer Freibank. Der Antrag eines Fleischsterilisators für 2000 M. fand ebenfalls Genehmigung. Unsere Genossen erhielten auf ihre Anfrage, aus welchem Rechtstitel der Kreis-Landrat seine Berechtigung herleite, die Verwendung von Leberhäutchen aus der Einnahme der Fleischbeschau-Gebühren zu allgemeinen Gemeindezwecken zu unterliegen — keine Antwort! Auch die Anregung der Frage der Errichtung eines Gemeinde-Schlachthofes, die von den Genossen gegeben wurde, muß wiederholt werden. Die Anstellung eines Tierarztes sollte im Nebenanne erfolgen. Der Antrag der Parteigenossen, einen Tierarzt mit einem Anfangsgehalt von 4500 M. unter Verbot der Privatpraxis anzustellen, fand Unterstützung und Annahme. Die Erteilung eines Passierscheines für die Straße 35a wurde genehmigt. Die Freisetzung der Bauflächen für die Wördenstraße und die Straße 24 an der Krimhildstraße nach den Wünschen der Terrainspekulanten wurde abgelehnt, ebenso die nachgerade zur Seeschlange gewordene Anlegung der Straße 37a auf dem Terrain der Köhnechen Konsumkasse. Aus letzterer sollen 10 000 M. zur Verbreiterung der Eisenbahnunterführung in der Gürtelstraße gefordert werden. In der Stadtverordnungsfrage wurde beschlossen, den Infanzweg zu erschöpfen und mit einem motivierten Antrage unter Zugrundelegung einer Denkschrift sich an den Minister zu wenden. Zur Bildung eines Fonds bezw. Unterbringung bedürftiger Lungentrucker in Heilstätten wurden 2000 M. bewilligt.

Gerichts-Zeitung.

Ein Diebstahl- und Hehlerei-Prozess beschäftigte gestern die dritte Ferien-Kammer in längerer Verhandlung. In der Nacht zum 10. Juni v. J. wurde dem Schlächtermeister Linke aus seinem verschlossenen Pferdestall ein brauner Wallach nebst Gefährt im Werte von 2000 M. gestohlen. Es wurde angenommen, daß zwei Personen den Diebstahl ausgeführt hatten. Ihre Spur wies nach Oberwalde und von da nach Joachimsthal. Hier wurde das Pferd anfangs Juli bei dem Reihändler Lorenz gefunden. Dieser gab an, daß er es vor einigen Wochen von dem Bäckermeister Groh zu Joachimsthal für 600 M. gekauft habe. Groh, hierüber befragt, erklärte, daß er das Pferd am 17. Juni von einem Herrn Venzer für 450 M. gekauft habe. Es habe irgend ein Verdacht nicht in ihm aufstehen können, denn Venzer sei Pächter der Joachimsthaler Jagd gewesen, was doch auf eine gewisse Wohlhabenheit habe schließen lassen. Bei den weiteren Ermittlungen stellte sich heraus, daß der angegebene Venzer die Jagd unter einem solchen Namen gepachtet hatte, er hieß nicht Venzer, sondern Adolf Ludwig, und war seines Zeichens ein Reihändler aus Berlin, der sich keineswegs einer vorwurfsfreien Vergangenheit erfreute. Ludwig gab an, daß er das Pferd im Auftrage eines Unbekannten, der sich Weid genannt habe, an Groh verkauft habe. Nun hatte man Ludwig zu damaliger Zeit vielfach mit einem adelbelehrenden Reihändler, dem Schlächtergesellen Wiesdorf, verkehren

sehen. Es wurde angenommen, daß Ludwig und Wiesdorf zusammen den Diebstahl ausgeführt hatten. Gegen den Bäckermeister Groh wurde Anklage wegen Hehlerei erhoben, da er den Umständen nach hätte annehmen müssen, daß Ludwig das für einen so billigen Preis erworbene Pferd nicht auf redlichem Wege erworben haben könne. Inzwischen ist Wiesdorf geisteskrank und nach der Irrenanstalt Herzberge gebracht worden. Es konnte somit nur gegen Ludwig, der vom Rechtsanwält Dr. Schwandt, und gegen Groh, der vom Rechtsanwält Dr. Flatau verteidigt wurde, verhandelt werden. Beide Angeklagten bestritten ihre Schuld. Ludwig blieb dabei, daß er Wiesdorf nur ganz oberflächlich kenne und Groh erklärte, daß er unmöglich den Herrn Jagdpächter für einen Dieb oder Hehler hätte halten können. Nach einer umfangreichen Beweisaufnahme hielt der Staatsanwalt den Angeklagten Ludwig des schweren Diebstahls für überführt und beantragte gegen ihn zwei Jahre Zuchthaus, Ehrverlust und Polizeiaufsicht, gegen Groh die Freisprechung. Der Verteidiger Ludwigs suchte nachzuweisen, daß dieser sich höchstens einer Begünstigung schuldig gemacht habe. Der Gerichtshof kam zu einem andern Ergebnis. Er nahm an, daß Ludwig der Hehlerei überführt sei. Wenn Wiesdorf aber bei Begehung des Diebstahls bereits geisteskrank gewesen sei, was erst festzustellen sei, so könne dieser nicht bestraft werden, ebenso wenig Ludwig wegen Hehlerei. Die Verhandlung gegen Ludwig sei deshalb zu vertagen. Groh wurde freigesprochen.

Streitprozeß. Zwei Vergolder sind gestern vom Schöffengericht zu 10 und 8 M. Geldstrafe verurteilt worden, weil sie beim großen Vergolderstreit Arbeitswillige bedroht und beleidigt haben sollten. In zwei andern von der Strafkammer abgeurteilten Fällen, die den Vergolder F. betrafen, erfolgte einmal Freisprechung, da die mit dem amtlichen Schutz versehene Frau als Zeugin erklärte, daß der Angeklagte sie weder bedroht noch beleidigt habe. In dem andern Falle beschworen die Arbeitswilligen Vergolder Karl Vich und Reinhold Kling, daß F. sie Lumpen und Streibredner gescholten habe. Der Angeklagte wurde zu drei Tagen Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte einen Monat beantragt.

Der Prozeß eines Geheimen Kommerzienrats. Gestern begann in Dresden beim dortigen Landgericht der auf mehrere Tage berechnete Prozeß gegen den Geh. Kommerzienrat Viktor Hahn, Inhaber des früheren Bankhauses Eduard Rodsch Nachfolger in Leipzig. Mit angeklagt sind die Prokuristen Kühl und Frey Hahn. Viktor Hahn ist angeklagt wegen Vergehens gegen das Depotgesetz sowie wegen Unterschlagung, Betruges und Untreue. Verteidiger des Kommerzienrats Viktor Hahn ist Rechtsanwalt Helmke-Leipzig. Prozeßleiter ist Landgerichtsdirektor Abbe. 45 Zeugen sind geladen. Hahn betont, daß seine Depotunterschlagung vorliege; da die Depots sein Eigentum seien, habe er rechtlich über sie die freie Verfügung gehabt. Die mitangeklagten Prokuristen Kühl und Frey Hahn bestreiten gleichfalls jede Schuld. Für die Verhandlung wurden fünf Tage angelegt.

Verein ehemal. Gütergänger zur Bekämpfung der Tuberkulose. Sitzung Sonnabend, den 10. September, abends 9 Uhr, im Kaiserhaus, Kaiser Wilhelmstr. 18 m. Gäste willkommen.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 11. Septbr., vorm. 8^{1/2} Uhr, in der Schul-Halle, Kleine Frankfurterstr. 6: Versammlung. Freireligiöse Vorlesung. Um 10^{1/2} Uhr vormittags ebendortselbst: Vortrag des Fräulein Ida Altmann: „Die heilige Nacht“. Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen. — Montag, den 12. September, abends 8^{1/2} Uhr pünktlich, im großen Saal von B. Franke, Sebaldstr. 39: Beschließende Versammlung. Endgültige Beschlußfassung in der Feuerbestattungsangelegenheit, wozu alle Mitglieder, also auch die mit grünen Leinwand, bringend eingeladen werden.

Vermischtes.

Die Flucht der Prinzessin Luise von Koburg.

Es wird unsre Leser interessieren, die von unserem Parteigenossen Sidelum in der „Humanität“ gegebene Schilderung im Wortlaut kennen zu lernen. Sidelum schreibt: Heute, am 8. September, befindet sich Luise von Koburg zwar völlig in Sicherheit, doch kann aus begrifflichen Gründen über den Ort, wo sie sich verborgen hält, noch nichts Näheres bekannt gegeben werden. Nun hat ja ein Wiener Journalist, dem es nicht möglich schien, sein gegebenes Wort zu halten, sich bereits der Authentizität seiner Informationen gerühmt und bekannt gegeben, daß die Prinzessin von Bad Ems nach der bayerischen Stadt Hof geflohen und von dort nach Berlin gereist ist, wo sie sich im Hause eines socialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten aufhalte. Die Prinzessin hat bei mir gewohnt. Vor längerer Zeit schon hatte ich mit Mattiasch das Uebereinkommen getroffen, daß er für den Fall der Ermöglichung einer Flucht der Prinzessin meine Gastfreundschaft anbieten sollte. Sie hat sich vom Mittwoch bis Sonnabend voriger Woche in meinem Hause aufgehalten; dann traten wir die Reise an, anfänglich in Automobil, um sie bald darauf mit andern Beförderungsmitteln fortzusetzen. Sowohl in Oesterreich wie in Deutschland geben sich einige Juristen die Mühe, darzulegen, daß die Flucht der Prinzessin ohne Konflikt mit dem Gesetz unternommen wurde und daher keine Möglichkeit gegeben sei, die Fluchtige wieder festzunehmen. Die erste Voraussetzung trifft selbstverständlich zu, nur sind daraus recht unzureichende Schlussfolgerungen gezogen worden.

Genau liegt kein Verbrechen oder Vergehen in der Flucht aus einem Hause, in dem man gegen seinem Willen festgehalten wird. Aber auch das harte Recht schließt nicht vor der Anwendung brutaler Gewalt. Diese Thatfache ist der Prinzessin schon einmal bitter zu Gemüte geführt worden, nämlich damals, als der beim Prinzen von Koburg in Sold stehende Wiener Advokat Bacharach sie gewaltsam aus ihrem Bett gerissen und sie ohne richterliches Urteil, unter Anwendung größtlicher Willkür, in ein Irrenhaus gebracht hat. Wer will dafür bürgen, daß man nicht zum zweitenmale zu brutaler Gewalt seine Zuflucht nimmt? Es wird ja zur Zeit gesagt, daß man an hoher Stelle keinerlei Interesse daran habe, die Prinzessin in ihrer Flucht aufzuhalten; und thatsächlich ist ja an dieser Stelle heute auch kein solches Interesse vorhanden. Wird ja sogar erzählt, daß Wilhelm II. erklärt habe, es liege keine Urtache vor, sich mit der Angelegenheit der Prinzessin zu befassen! Aber in einer Zeit, wo wir die ungeheuerlichsten Verfolgungen tagtäglich vor Augen haben, wo die Polizei die russischen Emigranten und selbst ausländische Parlamentarier, wie unsern Freund Bernerstorfer, rücksichtslos bedrängt, ist Wiftrauen mehr denn je geboten. Ferner lehrt auch die Erfahrung, daß unter den gegebenen Umständen weniger die Spitzen der Regierung als die untergeordneten Diener der Polizeigewalt zu fürchten sind. Auch um eine Prinzessin festzunehmen, bedient man sich einfach irgend eines beliebigen Polizisten, mit dessen Handlungstheorie man sich in dem Falle, daß sie gar zu sehr böses Blut erregt, ja schließlich nicht zu identifizieren braucht. Gerade um der Brutalität einer solchen Kull aus dem Wege zu gehen, hat die Prinzessin sich verborgen gehalten, und es versteht sich, daß sie sich auch heute noch nicht an die Öffentlichkeit wagen darf. Sobald völlige Sicherheit gegeben ist, daß sie nicht wieder in ihren Kerker zurückgeführt wird, aber auch gewiß nicht früher, wird die Prinzessin aus ihrer jetzigen Zufluchtsstätte hervortreten.

Während ihres Aufenthalts in meinem Hause habe ich oft Gelegenheit gehabt, mit der Prinzessin längere Gespräche anzuknüpfen; und so konnte ich mir wohl ein Urteil über sie bilden. Sie ist eine überaus lebhafte und interessante Dame und nach meiner Ueberszeugung im vollen Besitze ihrer Geisteskräfte. Sie hat gewiß die Fehler, die durch Geburt und Erziehung ihr anhaften müssen, sie ist viel zu sehr Prinzessin, als daß sie wie alle Welt sein könnte. Aber wenn dies ein genügender Grund wäre, jemand in eine Irrenanstalt zu bringen, so müßten am Ende alle Fürstenschlößer Europas und der übrigen Weltteile geleert oder in Irrenhäuser umgewandelt werden. Während untrer ganzen Flucht, wo wir wahrhaftig oft genug von allerhand Mißgeschick betroffen wurden, hat die Dame einen Mut, eine Weisheitsgegenwart an den Tag gelegt, die bewundernswürdig genannt werden muß. Ich zweifle keinen Augenblick daran, daß unparteiische und gewissenhafte Urteile ihr den vollen Besitz ihrer Geisteskräfte zuerkennen werden.

Und im übrigen könnte es doch wahrhaftig kaum ein besonderes Ersämen erregen, wenn eine sechsjährige Gefangenschaft auch auf dem Geisteszustand einer Frau ihre schlimmen Spuren eingezzeichnet hätte!

Nur bleibt mir übrig zu wiederholen, was ich bereits früher mitgeteilt habe, nämlich, daß die Prinzessin weiter will nichts als ihre Freiheit. Alle übrigen ihr zugeführten Pläne, die Scheidung von ihrem Manne, die Heirat mit Mattiasch, beruhen auf blinder Erfindung. Sie ist gläubige Katholikin und möchte, um eine Scheidung durchzuführen, sich einem Glaubenswechsel unterziehen; doch denkt sie nicht an dies. Nur von einem Verlangen wird sie befeßt, nämlich soviel Bewegungsfreiheit zu haben wie ihre Mitmenschen; sie will sich das freie Verfügungsrecht über ihre eigene Person zurückerobern, das ihr genommen wurde, damit gegen Mattiasch ein inhumanes Justizverbrechen ins Werk gesetzt werden konnte. Weiter will sie nichts. Die Beschäfte liegt an sich so einfach, daß die Öffentlichkeit sich kaum einen Tag darum bekümmern würde, wenn es sich nicht gerade um eine Prinzessin handelte. Aber soll eine Dame, eben weil sie Prinzessin ist, einem graufamen Geschick ausgesetzt bleiben? In der Stellung einer solchen Frage liegt schon ihre Antwort. Und in ihr liegt ebenio der Hinweis auf die Mächtigkeiten der Fremde des Prinzen von Koburg, die den erklärlichen Zweck haben, nach Kräften die Beweggründe heret, die Herr Mattiasch ihre Hilfe geliehen haben, herabzusetzen.

In der Freitagsummer der „Humanität“ setzt Sidelum seine Schilderung fort und teilt mit, daß sich die Prinzessin in Frankreich in Sicherheit befinde. In dem Bericht wird der Aufenthaltsort der Prinzessin nicht angegeben, auch wird es abgelehnt, ihn Zeitungsberichterstattungen zu nennen. Auf der Pariser Polizeiprefektur wird berichtet, daß sich die Prinzessin und Mattiasch nicht in Paris befinden; man glaubt, daß sie sich in einem Vorort von Paris aufhalten. Dem entgegen teilt das „Journal“ mit, die Prinzessin Luise bewohne in Paris eine Wohnung, welche nur vier Minuten von der großen Oper entfernt gelegen ist. Das Blatt giebt sodann noch einige Einzelheiten über die Flucht aus Bad Ems. Danach habe die Prinzessin um 2 Uhr nachts das Hotel über die gewöhnliche Treppe verlassen, da der Nachtwächter bestochen gewesen sei. Die übrigen Angaben decken sich mit den bereits bekannten Thatfachen; nur ist noch hervorzuheben, daß die Automobilfahrt über Magdeburg ging, wo infolge eines Maschinendefekts gerastet werden mußte, dann bestiegen die Flüchtlinge in Hildesheim den Zug nach Köln und fuhren dort über Belgien nach Paris.

Bestraffen in Hamburg. Laut Mitteilung der Hamburger Polizeibehörde hat die Untersuchung der auf dem Dampfer „Biskopsgate“ gefundnen Ratten ergeben, daß einige derselben mit Pestkeimen behaftet waren. Es sind alle Vorsichtsmaßregeln getroffen; die Ausräucherung des Schiffes mit dem Mattentötungsapparat ist bereits beendet. Die Löschung der Ladung wird unter behördlicher Aufsicht fortgesetzt; Menschen sind nicht erkrankt, es liegt nicht der geringste Grund zur Beunruhigung vor.

Dampferzusammenstoß. Aus Le Havre wird gemeldet: Der Dampfer „Hlandria“ stieß Freitag auf der Seine mit dem Schlepper „Anton“ zusammen. Der „Anton“ wurde mittschiffs angerannt und sank. Der Kapitän, seine Frau, ihr Kind und ein Mann von der Besatzung sind ertrunken. Die übrige Mannschaft wurde von der „Hlandria“ gerettet.

Der Bankdirektor Holmann jr. von der Vorbecker Spar- und Kreditbank, der nach bedeutenden Unterschlagungen im April d. J. geflüchtet war, ist in Paris verhaftet worden. Auslieferungsverhandlungen sind eingeleitet.

Freifrau und Hochkaplerin. Unter dem Verdacht der Hochstaperei wurde in Aue in Sachsen die aus Sachsen-Meinungen gebürtige 47-jährige Klavierlehrerin Viktorine Freiin v. Wolff-Zodentwardt, verheiratet gewesenene Rittergutsbesitzerin Dathu, verhaftet. Sie hatte sich in Begleitung ihres 20-jährigen Sohnes in einem dortigen Hotel einlogiert, trat vornehm auf und stellte in Aussicht, daß sie von ihren in Dresden und Meinungen wohnenden Verwandten, die den höchsten Kreisen angehörten, demnächst Geld erhalten werde. Als dieses aber ausblieb, erkrankte der Bist Angeige bei der Polizei. Die Angaben der Freiin stellten sich als erfunden heraus, und es erfolgte die Verhaftung der Verdächtigen. Dem Vernehmen nach wird sie von verschiedenen auswärtigen Behörden gesucht.

„Ein gutes Beispiel weßt Racheiferung.“ Von einer geheimnisvollen Affaire wird aus süddeutscher Quelle folgendes berichtet: Es werden demnächst sensationelle Enthüllungen über eine Familienangelegenheit, ähnlich der der Prinzessin Luise von Koburg, veröffentlicht werden. Es wird darin der volle Nachweis über die geschwundene Unterbringung und Festhaltung der gemütskranken, keineswegs irrsinnigen Gattin eines höheren Staatsbeamten einer süddeutschen Residenzstadt erbracht werden. Mehrere hochgestellte und höchstgestellte Personen sind harrstens kompromittiert. In der umfassenden Schrift wird der weitesten Öffentlichkeit Einblick darüber gegeben, was heutzutage noch alles möglich ist in unsem Rechtsstaate. — Man wird abwarten müssen, was diese Enthüllungen in ihrem Kern Wahres erhalten.

Einsturz der Kathedrale in Orleans. Wie ein Telegramm aus Orleans meldet, stürzte dort gestern unter donnerähnlichem Getöse die Kathedrale ein. Das Bauwerk zeigte schon seit einiger Zeit bedeutende Risse und die Behörden waren von dem Zustande der Kirche rechtzeitig in Kenntnis gesetzt worden. Menschen sind bei dem Einsturze nicht verunglückt.

In Albi in Frankreich erstickten gestern fünf Arbeiter infolge Einatmung von Kohlengasen.

New York, 9. September. Bei Charlotte in Nord-Karolina brach ein Zug der Seaboard-Weg-Linie durch eine Brücke über den Catawba-Fluß. Viele Menschen sind verunglückt. Sechs Passagierwagen stürzten in das teilweise trockene Flußbett hinab, die Lokomotive und der Tender fielen auf sie, wodurch die Krümmen in Brand gerieten. Die Zahl der Toten ist noch unbekannt, da bei dem Herabstürzen des Zuges die Telegraphenleitung zerriß. — Nach einer weiteren Meldung wurden bei dem Wahnungslid 15 Personen getötet und 20 verletzt.

Marktpreise von Berlin am 8. September. Nach Ermittlungen des fgl. Polizei-Präsidiums. Für 1 Doppel-Centner: Weizen**, gute Sorte 17,65—17,82 M., mittel 17,59—17,56 M., geringe 17,53—17,50 M., Roggen**, gute Sorte 13,90—00,00 M., mittel 00,00—00,00 M., geringe 00,00—00,00 M., Futtergerste**, gute Sorte 15,20—14,80 M., mittel 14,80 bis 13,60 M., geringe 13,50—12,80 M., Hafer**, gute Sorte 16,50—15,70 M., mittel 15,00—14,80 M., geringe 14,70—14,00 M. Erbsen, gelbe, zum Kochen 40,00—25,00 M., Speisebohnen, weiße 50,00—25,00 M., Bohnen 60,00—25,00 M., Kartoffeln, 12,00—7,00 M. Hülsenfrüchte 0,00—0,00 M. Neu 0,00—0,00 M. Für 1 Kilogramm Butter 2,80—2,00 M. Eier per Schoß 4,00—2,80 M. *) Preis Wagen und ab Bahn. **) Ab Bahn.

Wasserstand am 8. September. Elbe bei Ruyß — 0,72 Meter, bei Dresden — 2,13 Meter, bei Magdeburg + 0,01 Meter. — Unstrut bei Straußfurt + 0,60 Meter. — Oder bei Ratibor + 0,66 Meter, bei Breslau Ober-Regel + 4,40 Meter, bei Breslau Unter-Regel — 1,78 Meter, bei Frankfurt + 0,24 Meter. — Weichsel bei Braheimünde + 5,32 Meter. — Elbe bei Posen — 0,22 Meter. Nege bei Uß + 0,29 Meter.

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 10. September 1904. Zunächst etwas wärmer, ziemlich trübe mit leichten Regenschauern und mäßigen weillichen Winden; später aufklärend, aber kühl.
Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Chiffre (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll, und die letzte Wohnortangabe beizulegen. Fragen ohne solche Angaben werden nicht beantwortet und schriftliche Antwort wird nicht erteilt.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr abends statt. Geschäftszeit: 7 Uhr.
Richter, P. 2. 31. 1. Reiz. 2. Ein Ansuchen auf Rinderhaltung steht Ihnen nicht zu. 3. Wenn Sie forlan mindereits 200 Markten haben. — S. 2. 1000. Von 1200 M. ab. — August 2. Die Geschäftsführerin ist

in der Klasse Krankenversicherungspflicht, zu der das Geschäft gehört. Die Unfallversicherungspflicht liegt zur 3. Klasse vor. — **Wilhelmstr.** 1. Sa: 5 536 B. G. A. 2. Die Bauordnungsverordnungen lassen sich hierüber aus. Die Polizeibehörden sind zuständig. — **N. Kottbus.** 1. Das allgemeine Landrecht und die Bauordnungsverordnungen. 2. Ja. 3. Nur aus besonderen technischen Gründen. 4. Landrat. 5. Ortsstatutarische Beschlüsse nach dieser Richtung hin sind uns nicht bekannt. In dem von Ihnen beschriebenen Fall wäre Beschwerde an den Landrat und weitere Beschwerde angebracht. — **S. D. in G.** Hinterlegen Sie die Rente. Machen mehrere Ansprüche auf eine Rente, so ist dem Mieter kein zu rufen, die Rente zu hinterlegen. — **Kontrakt.** Leider berechtigt Sie der Mißstand nicht zur

Aufhebung des Vertrages. — **2. Galenheide.** Die Aufnahme eines nicht-preussischen Deutschen in den preussischen Staatsverband ist kostenfrei. Für die eventuell erforderlichen Akte ist zu bezahlen. — **N. 5. 52.** Sie haben durchaus recht gehandelt. — **Rixdorf, Gerbergasse.** 1. Der Zweck der Genossenschaft unterliegt das 2. Sie können auf Beilegung der Lauden klagen. — **S. 1. und 2. Rein.** — **N. 225.** Die Genossenschaft hat recht; Unfälle nach und von der Arbeitstätte unterliegen nur in besonderen Umständen der Entschädigungspflicht. Ein weitergehender Antrag der Sozialdemokraten ist im Reichstage abgelehnt. — **N. 107.** Da das Streitobjekt 300 Mark übersteigt, ist das Landgericht, und zwar Potsdam, zuständig. Für Landgerichts-Prozesse herrscht Anwalts-

zwang. Beweiskraft für die Grundlagen der Klage ist der Kläger. Der erste Reize wäre daher der Beklagte zum Eide darüber zu verpflichten, ob er das Darlehen empfangen habe. — **Geppert.** Rein. — **Verjährung 58.** Die Verjährungsfrist kann fünf Jahre betragen. Droht Ihnen jemand, Sie anzugehen, falls Sie nicht dies oder jenes thun oder unterlassen, so ist es durchaus verfehlt, der Erpressung stattzugeben. Suchen Sie sich den Beweis für die Drohung zu verschaffen und übergeben Sie dann die Erpressungslustigen der Behörde. — **Königsberger.** Soweit die Sachlage zu erkennen ist, liegt auf beiden Seiten des Meeres weder Gefahr, noch sonst ein Mißbrauch seines Rechts vor; Sie müßten Gelegenheit zur Ausübung der baulichen Veränderung dem Wert geben. — **N. Rein.**

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, 10. September.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Cavalleria rusticana. Coppelia.
Deutsches. Lady Windermere's Rächer. Der Reiter und der Liebe Wellen.
Leffing. Die Frau vom Meere. Wespen. Der Bildhauer.
Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater.) Johannisfeuer.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.) Medea. Central. Lammhauer-Parodie. Neues. Salome. Vorher: Logik des Herzens.
Kleines. Vectors Rente. Residenz. Eine Hochzeitnacht. Trianon. Ihr zweiter Mann. Metropol. Ein tolles Jahr. Belle-Alliance. Die Dame von Trouville.
Luisen. Von Stufe zu Stufe. Deutsche Volksbühne. Die Räuber. Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n großen Teich.
Apollo. Venus auf Erden mit Hans, das denkende Pferd. Spezialitäten.
Herrnfeld-Theater. Nur eine Nacht. Im andern Morgen.
Wintergarten. Spezialitäten. Reichshallen. Stettiner Sänger.
Vossage-Theater. Dida. Spezialitäten. Anfang 5 Uhr.
Urania. Zaudenstraße 48/49. Um 8 Uhr im Theater: Von der Anglisten zum Bahnhofs. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Neues Theater.

Schiffbauerdamm 4a-5.
Salome.
Vorher: Logik des Herzens. Anfang 8 Uhr.
Morgen: Minna von Barheim.

Kleines Theater.

Unter den Linden 44.
Des Pastors Rieke.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Fräulein Julie.

Central-Theater

Anfang 8 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr:
Tannhäuser
über: Der Sängerkrieg. Burleske-Operette in 4 Akten von Joh. Neitron und Karl Binder. Einlagen und Variationen von Proch, gesungen von der Coloratur-Sängerin **Emmy Raabe-Burg.**

Luisen-Theater.

Von Stufe zu Stufe
Sonnabend: Maria Stuart.
Sonnabend: Der Goldbauer.
Montag: Der Goldbauer.
Dienstag: Der Goldbauer.
Mittwoch: Der Goldbauer.
Donnerstag: Eines Gastspiel Emil Thomas, zum erstenmal: Hasemanns Töchter.

Deutsche Volksbühne.

Im Carl-Weiß-Theater
Gr. Frankfurterstr. 132.
Die Räuber.
Trauerspiel in 5 Akten von Schiller. Anfang 8 Uhr.
Sonnabend: Die Räuber.
Sonnabend: Hemchen v. Tharau.

Residenz-Theater.

Dir.: **Richard Alexander.**
Heute und folgende Tage
8 Uhr:
Eine Hochzeitnacht.
(Uns Nuit de Noce.)
Schwank in 3 Akten von D. Abrol und H. Barre.

Reichshallen-Theater.

Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang 8 Uhr.
Sonnabend 7 Uhr.

Urania.

Taubenstr. 48/49.
Um 8 Uhr im Theater:
Die Weltausstellung in St. Louis.
Hierauf: **Der Gardasee.**
Hörsaal 8 Uhr:
Dr. B. Donath: „**Radium**“.
Sternwarte invaliden-copp. str. 57/62.

P. CASTAN'S PANOPTICUM.

Rosa

das gelehrte Pferd!

ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich nachmittags ab 4 Uhr:
Größtes Militär-Doppelkonzert.
Gastspiel der Kapelle der Matrosen-Regimenter aus Gurland unter Leitung des leitend. Musikdir. Stelle.
Eintritt 1 M., ab 6 Uhr 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.
In der Arena: Der See-Elefant bis 8 Uhr abends (b. elektr. Licht).

Cirkus

Sarrasani.
Größter u. elegantester Zelt-Cirkus Europas.
Die grosse Sacharische **Gaukler-Karawane.**
Hänschen, das kluge Pferd.

Deutsch-Amerikanisches Theater.

Köpenickerstr. 67.
Heute abend 8 Uhr!
Gastspiel Adolf Philipp. Ueber'n großen Teich.
328. GROSSEN TEICH
Male:

National-Theater.

Weinbergsweg 12a-13b.
Eröffnungs-Vorstellung:
Figaros Hochzeit.
Eröffnungstag wird noch bekannt gegeben. Abonnements werden bis 15. September täglich im Theaterbureau entgegengenommen. 25/13*

Trianon-Theater.

Georgenstraße zwischen Friedrich- und Universitätsstraße.
Ihr zweiter Mann.
Lustspiel in 3 Akten von André Solmane und Maurice Projes.
Anfang 8 Uhr.

Passage-Theater.

Anfang d. Abendvorst. 8 Uhr.
Anf. Sonnt. 3. Wochent. 5 Uhr.
die Erschaffung eines Weibes aus dem Nichts.
Dida die indische Pocahuntas, Nachtigall.
Jean Paul, Komiker.
Littke Carlsen, Karikaturen.
Lucie Verdier, Vortragskünstler.
14 erstklassige Nummern.

Casino-Theater

Lotzringstr. 37. Anf. 8 1/2 Uhr. Sonnt. 7 1/2 Uhr.
Gr. Erfolg d. glänzenden Programms.
„Die Kunst dem Volke“
9 1/2 Uhr: „Mutter Gräber“
Sonnabend: 4 Uhr: Der Donuziant.

Apollo-Theater.

8 Uhr:
Venus auf Erden
von **Paul Lincke** mit der Parodie **Hans, das denkende Pferd,**
vorgeführt von Robert Steidl und Martin Kettner.
Ab 9 1/2 Uhr: Die neuen Attraktionen des großen September-Programms.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Sonnabendabend 8 Uhr:
Johannisfeuer.
Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann.
Sonnabendmorgen 3 Uhr:
Maria Stuart.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Die Ehre.
Montagabend 8 Uhr:
Johannisfeuer.
Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).
Sonnabendabend 8 Uhr:
Medea.
Trauerspiel in 5 Aufzügen von Franz Grillparzer.
Sonnabendmorgen 3 Uhr:
Ein unbeschriebenes Blatt
Sonnabendabend 8 Uhr:
Pension Schöller.
Montagabend 8 Uhr:
Medea.

Thalia-Theater.

Dresdenerstr. 72/73. Direktion: Kron & Schönfeld. Belle-Alliancestr. 7/8.
Heute Sonnabend 8 Uhr:
Die Eröffnungsvorstellung
des neuerbauten Hauses findet am 15. September statt mit der Eröffnungs-Rovität:
Der Weiberkönig.
Guido Thielscher in der Titelrolle.
Debut: **Lina Abarbanell.**
Vorverkauf n. 10-2 an der Theaterkasse und an den bekannten Verkaufsstellen.

Belle-Alliance-Theater.

Heute Sonnabend 8 Uhr:
Die Dame aus Trouville.
Herbert Paul Müller, Božena Bradsky, Heinz Gordon in den Hauptrollen.
Sonntag zum letztenmal:
Charleys Tante
mit **Guido Thielscher.**
Vorverkauf n. 10-2 an der Theaterkasse und an den bekannten Verkaufsstellen.

Deutsche Konzert-Hallen.

An der Spandauer Brücke 3.
Vollständig neu ausgestattet!
Täglich:
Gr. internat. Künstlerkonzerte. X Theater-Abteilung.
Special-Ausschank der Berliner Beck-Brauerei.

X. Berliner Saison!

Cirkus Busch

Sonnabend, den 10. September, abends 7 1/2 Uhr:

Eröffnungs-Vorstellung.

In dieser Vorstellung werden insgesamt mitwirken:
ca. 50 dressierte Pferde,
12 Elefanten, 15 Polarbären, 6 Zebros usw.
Gala-Programm!
Mit größten und neuesten Überraschungen.
P. Busch, Königl. preuß. Kommissionsrat.

Preise der Plätze: Logen 5 M., Parterre 3 M., Balkon 2 M., I. Platz 1,50 M., II. Platz 1 M., Galerie 50 Pf.
An Wochentagen zahlen Kinder: Logen 3 M., Sperrst. 2 M., Balkon 1,50 M., I. Platz 1 M., II. Platz 60 Pf.
Militär vom Feldwebel abwärts zahlen an Wochentagen: Balkon 1,50 M., I. Platz 1 M., II. Platz 60 Pf., Galerie 30 Pf.
Billets im Vorverkauf sind täglich an der Cirkuskasse, sowie im Invalidenamt, Unter den Linden 24, und in der Billet-Abteilung des Warenhauses A. Wertheim, Leipzigerstraße 132/33, zu haben. 27/18*

Metropol-Theater

Josef Giampietro a. D.
Henry Bender, Josef Josephi.
Anton Gründel, Frid Frid.
Der größte Erfolg dieses Jahres
Ein tolles Jahr.
Gr. dramatisch-satirische Revue in 5 Bildern.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Bernhard Rose-Theater

Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Heute Sonnabend:
Wegen Privatfeiern geschlossen.
Sonntag, den 11. September:
Grosse Gala-Schluss-Vorstellung.
Die Tochter des Heimkehrers.
Außerdem: Das Sensations-Septembert-Programm.
Im Saale: **Gr. Ball.**
Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf.
Numerierter Platz 50 Pf., Sperrst. 75 Pf.

Fröbels Allerlei-Theater

Fr. Puhlmann, Schiffbauerdamm 148.
Ab 1. September nur noch
Sonnabend, Montag u. Mittwoch
Vorstellung:
Rächte Vorstellung:
Sonntag, 11. September.
Extra-Tanz. Anf. 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.

Jubiläums-Saison

anlässlich des 20-jährigen Bestehens des
Cirkus Albert Schumann
Karl-Strasse. vormalig Ronz. Tel.: Amt III, Nr. 2941.
In dem auf das prächtigst renovierten Cirkus-Gebäude.
Sonnabend, den 17. September cr., abends präzis 7 1/2 Uhr:
Gala-Eröffnungs-Vorstellung.

Unter vielen andern:
Neu! Die größte Entfaltung des 20. Jahrhunderts! **Neu!**
40 Riesen-Krokodile
dressiert und aufammen vorgeführt von Monsieur Pernolet.
Neu! Herr Albert Carré, Sohn des königl. niederländischen Cirkusdirektors Oskar Carré, mit seinen **Neu!**
30 dressierten Pferden und 20 Hunden.
Neu! Der bis jetzt unbeflegte stärkste Mann der Welt, **Georg Lurich,**
mit seinen phänomenalen Leistungen.
Neu! **Socurs Miniggio** Original-Klown **Busto**
die besten französl. Parl.-Klownen mit seinen neuesten Entrees.
Neu! **Onofri-Troupe** **Neu!**
Zwanzig Personen, die berühmten Pantomimisten aus Madrid.
Neu! Im Matinal des Grafen X., Pferde-Pantomime, dargestellt von
Pferden. Original-Dressurakt des Direktors Alb. Schumann.
Neu! **Grosse Spring-Konkurrenz.**
1. Die dreifache Springerschule mit Baguette-Sprüngen über Decken.
Herr Albert Carré.
2. Zwei inländische Springpferde; u. a.: Sprung über 2 Meter hohe
letzte Barriere. Herr Hess.
3. Spring-Potpourri; u. a.: Der phänomenale Sprung über 6 lebende
Pferde von Herrn Court Tizote mit dem berühmten Springpferde „Pegas II“.
Sprung vom Boden zum Boden.
Neu! **La Jardinière,** neue u. eigenartig hohe Schule, **Neu!**
geleitet von Fräul. Dora Schumann.
Neu! **Berliner Taxameter.** **Neu!**
Komische Scene, ausgeführt von mehreren Herren der Gesellschaft.
Pferd dressiert vom Direktor Alb. Schumann.
Neu! **Originelle Reiter-Sportspiele**
ausgeführt von 9 Herren. **Neu!** **Die berühmte engl. Reiter-Familie**
Cottrell-Powell.
Neu! **Michael Strogoff.** **Neu!**
Historische Pantomime nach dem Roman von Jules Verne aus der
Zeit Kaiser Alexanders II. von Russland.
Vorverkauf der Billets von Mittwoch, den 11. d. M., ab täglich.
Hochachtungsvoll und ergebenst
Alb. Schumann, Königl. preuß. Kommissionsrat.

Gebrüder Herrfeld-Theater

Zum 179. Male
der größte Herrfeldt-Schlager
Nur eine Nacht.
2 Akte aus einer Ehe
und
Am andern Morgen.
Nachspiel zu „Nur eine Nacht“ mit
Anton und Donat Herrfeldt in den
Hauptrollen.
Anfang — auch Sonntags — 8 Uhr.

Diez' Specialitäten-Theater.

Landsberger Allee 70/71.
Direkt Ringbahnstation.
Ob schön! Täglich Ob Regen!
im herrlichen Garten od. gr. Saal:
das neue konferenzlose Programm.
33 Sensations-Nummern, u. a.:
Peter Bügler mit seinem konferenzlosen
Dressurakt:
3 Riesen-Bären und 1 Dogge,
u. a. Ringkampf des Dompteurs mit
den größten Bären.
Orig. Darnot-Truppe (5 Pers.), Akrobat.
mit Spring-Schleuderbreit.
Zenta Domator, die famose Soubrette.
Ada u. Ottfried Rolay, „Duett neuester
Witzling“.
Köhler-Trio, jenat. Hochturnkünstler.
Anton Hildach, Humorist.
Orig. Die Eradas, kom. Redakt usw.
Kasselerische Volksbelustigungen.
Bis 2 Uhr: **Ball.** Entree 30 Pf.
Sonntags 30 Pf.

Sanssouci.

Kottbuser Thor — Stat. der Hochbahn
Jeden Sonntag, Montag
und Donnerstag:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger
u. **Tanzkränzchen.**
Jeden Dienstag und
Mittwoch:
Theater-Abend.
Die in voriger Saison ausgegebenen
Vorzugskarten haben Gültigkeit.

Scala-Theater.

Lützenstr. 132 (a. d. Friedrichstr.)
Sensationelles Programm!
Löwy's Duell.
Voffe mit Gesang in einem Akt,
sowie
30 International. Specialitäten.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Vor der Vorstellung: **Konzert.**

Gustav Behrens Specialitäten-Theater.

Frankfurter-
Allee 85.
Neue September-Engagements
Neu! Der kleinste Coko Walk-Tänzer d. Welt.
Marga Manzoni in ihrem süßen Quers.
The Wiedemanns Original-Kunst u.
außerdem die übrigen Specialitäten.
Anf. 7 Uhr. Sonntags 5 1/2 Uhr.

Dr. Schünemann

Spezialarzt für Haut, Haar, und
Frauenleiden, Seydelstr. 9.
Sonntags 1/2, 12-1/2, 3, 1/2, 6-1/2, 8.

Palast-Theater.

Bürgerliche Schauspiele.
Burgstraße 22.
Eröffnung: 10. September.
Rovität. Zum 1. Male:
Vom Himmel zur Hölle.
Gr. Ausstattungspiefe mit Gesang
und Balletts in vier Akten von
G. Höppler und T. B. Geride.
Rust von H. Rensch. Balletts
von H. Eisebus.
Jupiter: Dir. R. Winkler.
Mit neuen Dekor. u. Kostümen.
Anfang 8 Uhr. Preiser 0,50-2,00.

Berliner Prater Theater

Kastanien-Allee 7-9
Täglich: Der rothe Weg.
Hermann Wehling, Humoc.
Oily Mariotta, Soubrette.
Boeren-Schützen
van Niekork u. Du Plessis.
Ein Liebes-Idyll,
Pantomime.

WINTER GARTEN

Annie Dirkens
Soubrette.
Pas de Deux oriental.
Tilly Bébé mit ihren 12 Löwen.
Paula Worm, Operettensängerin.
Ital. Harmonieorchester, 23 Harmonikanten.
Rudolf Segemmer, Ventriloquist.
Severin und Mito, Dorville in der
Pantomime „Der Trunkenbold“.
Nirvana, lebende Bilder.
Die Klein-Familie, Radfahrer.
Die 8 Cocktails, Tanz-Ensemble.
Die Baggesens, komische Jongleure.
Die 3 Meteors, Hochturner.
Biograph, darstellend d. Ringkampf
zwischen Hackenschmidt u. Jenkins.

Weimanns Volksgarten-Theater.

Badstraße 56, Gesundbrunnen.
Fortsetzung
der Ringkampfs-Konkurrenz.
Heute ringt: Degen mit Karl Krichel-
dorf, Hein mit Gustav Kricheldorf,
Schneider mit Roschack.
Konzert. Theater und Speciali-
täten-Vorstellung.

Etablissement Buggenhagen

Horitzplatz.
Täglich von 12-4 Uhr: Mittagstisch.
Im großen schattigen Natur-
garten jeden Abend 8 Uhr:
Konzert.
Dienstags, Donnerstags, Sonntags:
Fährmann-Walde-Sänger.
Sonnabend:
Im Kaiser-Saal: **Tanz.**

Bekanntmachung!

Die bei dem Brande am 25. August durch **Feuer, Wasser und Rauch** leicht beschädigten Waren, bestehend in **Paletots, Anzügen, Hosen u. Joppen** sollen zu **bedeutend herabgesetzten Preisen** **ausverkauft** werden.

A. Wormann, 1. Dresdener-Str. 1,
Ecke Skallitzerstrasse,
am Kottbuser Thor. Haltestelle der Hochbahn.

AUSVERKAUF.

Wegen bevorstehender Mietsteigerung — nämlich 1500 Mark — bin ich gezwungen, mein großes Lager in **Hüten, Schirmen, Mützen, Krawatten** usw. zu verkaufen, es kommen nur meine bekannt guten Qualitäten zum Verkauf und ist jeder bereit, bei Bezahlung 10% in Abzug zu bringen.

Otto Gerholdt, Dresdenerstr. 2,
Ecke Stallherstraße.

Schutzmarke.

Jos. Gremmer's Wwe.

Landshut, Bayern.
Erste und Älteste

Brasiltabakfabrik

Brasilianischer Tabak per Pfd. Mk. 1.70, Mk. 1.50 und Mk. 1.30. Von 6 Pfd. an franco.
Staniol-Packete zum 10 Pfg.- und 5 Pfg.-Verkauf.
Beste und vortheilhafteste Bezugsquelle.

Per Cassa von 6 Pfd. an 3 Proz. Sconto und 3 Proz. Jahresrentenprämie.

„Norddeutsche Schleife“
Wohlfahrt
Sonntagvormittag 3 Uhr
65/14 Gültiger Bahn. O. R.

Möbelverkauf,

Beste Gelegenheit für Brautleute. Die Möbelfabrik Schützenstraße 2, Ecke Friedrichstraße, liefert komplette Wohnungs-Einrichtungen zu 150, 200, 300, 400 M., hochlegante Einrichtungen bis zu 10 000 M. und darüber. Zeitigung bei geringen Anzahlungen gestattet. Besondere ohne Anzahlung. Stimmend billig und empfehlenswert sind die kurze Zeit verbleiben gewesenen Möbel, zumal dieselben wie neu sind, um damit zu räumen. Kleiderschrank 24, Kommode 18, Sofa mit Auszug 30, Bettstelle mit Matratze 20, Kuchelstühle, Vertikal 36, Salongarnitur, Wäschegarnitur 105, Kuchelstühle mit Matratze 40, geschützte Büffette, Kuchelstühle, Bänke, Sofas mit Sattelstühlen 85, Schreibtisch 40, Chaiselongue, englische Schlafzimmern, Speisezimmer in Eichen, auch Kuchelstühle, sehr billig. Gestaltete Möbel werden 3 Monate kostenfrei aufbewahrt, durch eigene Gespanne geliefert, auch nach außerhalb. Musterbuch gratis. Bitte genau auf Hausnummer 2 zu achten. 2149*

Club-Haus

72. Kommandanten-Strasse No. 72.
Jeden Sonntag: 1282*
Grosser Ball.
Empfehle meine drei Festtage zu Versammlungen u. Festlichkeiten. Habe nach Sonnabende und Sonntage frei. H. Ebert.

die berühmten Bräuwürstchen, Stück 10 Pf., 3 Stück 25 Pf.

Wurstmeyer, Straße Nr. 6.

Keine Konkurrenz ist imstande, solche reelle Ware auf den Markt zu bringen, wie ich dieselbe in meinen bewährten Käse-Post-Colli
Sortierungen I und III liefere. Für Haushaltungen R. 7,07, für Restaurants R. 7,85 franco Nachh. Grösste Qualität, große Reichhaltigkeit. G. Maisch Nachf., Memmingen, Bayer. Allgäu.

Geprüfter Lehrer erteilt — auch abends — Kindern und Erwachsenen Unterricht in allen Lehrgängen inkl. Französisch; lehrte ferner Klavier spielen, sofort Städte. Richterbergstr. 12. II.

Schriftsteller **Carl Thiel**
Kassel-W., Hengststraße 8.
Wissenschaftliche Lichtbilder.
Demonstrationen! Für alle bis 2000 Verh. sehr gut eingeführt u. schmeichelnd. reichhalt. Gew.-Kartellen, Vereinsvorh., Vertrauensleuten, Sozialf. u. Prof. f. f. I.

Kinderwagen

neue hochlegante unverwundlich und bequeme Kinderwagen, direkt v. der Fabrik, größten stehenden Kinderwagenfabrik J. Treiber, Gröden 134. Mein Katalog (Deutscher) gratis. Tage beim Katalogverlangen, ob gegen Bar mit 10% Rabatt, od. bezugsweise Teilzahl. gewünscht.

Central-Verband der Glaser.

Achtung! Glaser! Achtung!

Montag, den 12. September 1904, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

Außerordentl. Mitgliederversammlung.

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung von der Lohnbewegung. 2. Bericht der Tarifkommission.
3. Die Handhabung des paritätischen Arbeitsnachweises in der Gormannstr. 13.
4. Bericht-Stundenlohn; die Bezirksfälligkeit. 5. Verschiedenes.

Die Kollegen werden ersucht, in allen Vertretungen, in denen es bisher noch nicht geschehen, die Wahl der Vertrauensleute vorzunehmen und die Namen der Gewählten dem Vorstande in dieser Versammlung mitzuteilen. Nur Mitglieder haben Zutritt, das Verbandsbuch legitimiert. Die Druckexemplare des Lohnarbeits und Nachweisreglements gelangen zur Ausgabe. **Jede Werkstatt muss vertreten sein.**

Bekanntmachung!

Montag, den 12. September, wird der paritätische **Arbeitsnachweis** für das Glaser-Gewerbe eröffnet. Die Arbeitsvermittlung findet werktäglich in den Sommermonaten von 7-9 Uhr, in den Wintermonaten von 8-10 Uhr, im städtischen Arbeitsnachweis-Gebäude **Gormann-Strasse 13** statt. Der Nachweis der Berliner Glaser-Innung gilt als gesperrt. Der Vorstand. J. A. Jahn. 73/13

Von tausenden von Aerzten des In- und Auslandes empfohlen.

Kufekes beste Nahrung

für gesunde und magenkränke Kinder.

Kindermehl

Hervorragend bewährt bei Brechdurchfall, Darmkatarrh, Diarrhoe, Verstopfung etc. Die Kinder gedeihen vorzüglich und leiden nicht an Verdauungsstörung.

Sonnabend u. Sonntag, d. 10. u. 11. bleibt m. Geschäft geschlossen.

Kerren- und Knaben-Garderoben

Moritz Gross, Kastanien-Allee 42. 267L*

Montag und Dienstag

den 12. und 13. gewähre ich auf meine festen billigen Preise **10 Prozent Rabatt.**

Sonnabend und Sonntag geschlossen.

Eine Mark

wöchentliche Teilzahlung liefert eleg. fertige Herren-Moden.
sowie Einsegnungs-Anzüge
Bestellungen n. Nach, tabell. Ausf. Werkstatt im Hause.
J. Kurzberg, Neue Königstr. 47.
Direkt am Alexanderplatz.

Phonographenwalzen.

Unvergleichliche Cellulosewalzen (keine Abnutzung, 2,00); Edison-Garigwalzen (neu: deutsche Gelangquartette, 1,50); deutsche Hartgummiwalzen (1,20); Wachswalzen (0,80). Abdrücken u. Neubehalten aller Wach- und Hartgummiwalzen. Phonographen in allen Preislagen. 6145*

Julius Prediger
Prinzenstr. 22, II.

Achtung! Kistenmacher. Achtung!

Sonnabend, den 10. September 1904, abends 8 1/2 Uhr, in den **Andreas-Festsälen, Andreasstr. 21:**

Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht der Lohnkommission über den Stand des Streiks. 103/16
2. Anträge der Lohnkommission.
Pflicht aller Kollegen ist es, zu erscheinen. Die Lohnkommission.

Musikinstrumenten-Arbeiter!

Mittwoch, den 14. September, abends 8 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15:

Oeffentl. Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Wie stellen sich die Kollegen zu einer Lohnbewegung in diesem Herbst? 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 88/19*

Da die Versammlung für alle Musikinstrumenten-Arbeiter außerordentlich wichtig ist, so erwarten die unterzeichneten Vorstände, daß auch der letzte Kollege am Werke ist. — Die Delegierten sämtlicher Organisationen unseres Berufs werden aufgefordert, Handzettel für diese Versammlung am Sonntagmorgen 10 Uhr im Gewerkschaftshaus (Saal II) abzuholen.
Zu zahlreichem Besuch laden ein
Die Branchenkommission des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes,
Die Agitationskommission des Fachvereins,
Der Ortsverein der Pianoforte-Arbeiter.

Parteigenossen!

Dienstag, den 13. September, abends 8 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15:

Partei-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht der Delegierten vom internationalen Kongress in Amsterdam. 212/3*
2. Diskussion.
Rege Beteiligung erwartet Die Vertrauensleute.

Arbeiter-Baugenossenschaft Paradies

zu Berlin (S. O. m. B. H.)
Bureau: SO. 26, Kottbuser Ufer 14, Hof rechts, I links.
Die Feier der Grundsteinlegung zur Bebauung unseres 144 Morgen umfassenden Geländes in Bohnsdorf bei Grünau, findet dortselbst am Sonntag, den 11. September 1904, nachmittags 3 1/2 Uhr statt.
Alle Freunde und Gönner unserer großen Sache werden hiermit freundlichst dazu eingeladen.
Der Vorstand.
J. A. G. Kosska, Vorsitzender. 126/18

Verband der Möbelpolierer.

Sonnabend, den 10. September, abends 8 1/2 Uhr:
Oeffentliche Versammlung
bei Gary, Weissenfer, König-Chaussee 55.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Barentin über: Die neuen wir die günstige Geschäftslage für uns und? 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Alle Möbelpolierer von Weissenfer haben pünktlich zu erscheinen.
Montag, den 12. September, abends 8 1/2 Uhr, Hufstückenstr. 40:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Thema (sowie Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht).
Alle Möbelpolierer werden ersucht, nur unter Arbeitsnachweise zu denuten, da täglich eine große Anzahl Adressen undesetzt bleiben.
Alle Kollegen, welche Gesangsvereinen angehören und gewillt sind bei uns am 8. Oktober stattfindenden Stiftungsfest mitzuwirken, müssen morgen, Sonntagvormittag 9 1/2 Uhr, im Lokal Frankfurterstr. 133 pünktlich erscheinen. — Gebet werden folgende Lieder: Empor zum Licht; Abends; Am Waldesrand; Räumlicher Dun; Am Ort, wo meine Wege laud; Mein Ständchen Nacht. 147/11
Da alle Kollegen bis auf den Kollegen Adolf Gliaz die Dampferpartie-Billets abgerechnet haben, werden die Kollegen, welche mit dem Gliaz zusammen arbeiten, ersucht, ihn darauf aufmerksam zu machen, da er selbst jedenfalls den „Vormärts“ nicht liest.
Der Vorstand.

Rahnsdorfer Mühle Paradiesgarten

Bahnstation Rahnsdorf 10 Min. v. Bahnhof herrlich am Walde u. Müggelsee geleg. Gr. schattig. Garten.
Jeden Sonntag: **Grosser Elite-Ball.**
Raffetische • Musik • Voltstänze • Vade-Anstalt. Baden frei. Angeln frei.
Berechnen, Gesellschaften usw. bestens empfohlen. — Fernsprecher Amt Friedrichshagen Nr. 73. [742*]
Otto Krobek.

W. Zapel

Hut-Fabrik, Skallitzerstr. 131.
Grösstes Special-Geschäft für Seiden- und Filz-Hüte.
Lager in Schirmen und Mützen. [1842*]

Dr. med. A. Smith'sches
Ambulatorium für Herz- und Nervenkrankte
BERLIN W. 32 Potsdamerstr. 52.
Funktionelle Untersuchung und Behandlung.
Prospekt frei durch die Verwaltung.

Möbel

Teilzahlung gestattet!
Reelle Ware! Billige Preise!
Siegm. Misch
Dresdenerstr. 16, I. Etage
1 Minute v. Hochbahn Kottb. Tor.
Colossale Auswahl!

Socialdemokratisch. Wahlverein für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis.

Todes-Anzeige.

Am 8. d. M. verstarb unser Mitglied, der Metallschleifer **Paul Schwanzer**
Badstraße 42/43.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 11. d. M., nachmittags 4 Uhr, vom Paul Gerhardt-Stift, Müllerstraße 56, aus nach dem neuen Pauls-Kirchhof, Seestraße, statt.
Um zahlreichere Beteiligung ersucht
248/16 Der Vorstand.

Central-Kranken-Unterstützungs-Verein der Schmiede und vorw. Gewerbe Deutschlands. Berlin V.

Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied **Paul Schwanzer**
am 8. d. Mts. gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Sonntag, den 11. Sept., nachmittags 4 Uhr, vom Paul Gerhardt-Stift, Müllerstraße 56, aus statt. 10466

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schleifer **Paul Schwanzer**
am 8. d. M. gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 11. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, vom Paul Gerhardt-Stift, Müllerstraße 56, aus statt. 126/18
Die Ortsverwaltung.

Verein der Lithographen, Stein-drucker und Berufsgen. Deutschl. Filiale I Berlin.

Todes-Anzeige.

Am Mittwoch früh 5 Uhr verstarb unser Kollege, der Stein-schleifer **Eugen Kühne**
im 32. Lebensjahre.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 10. September, abends 6 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes, Rixdorf, Hermannstraße aus statt.
Am selbigen Tage verstarb unser Mitglied und Kollege, der Stein-drucker **Otto Reibestein**
im 51. Lebensjahre.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 11. September, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Neuen St. Johannes-Kirchhofes (Waldenfer) aus statt.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler **Robert Lehfeld**
am 4. September plötzlich verstarb ist, und am Freitag, den 10. September zur letzten Ruhe gebettet wurde.
Ehre seinem Andenken!
88/20 Die Ortsverwaltung

Invaliden-Unterstützungskasse d. Stein-drucker u. Lithographen.

Die Beerdigung des am 7. September verstorbenen Stein-druckers **Otto Reibestein**
findet statt am Sonntag, den 11. September, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Johannes-Kirchhofes in Waldenfer. 10385
Das Komitee.

Prinzen-Str. 41, [25/12*]
Specialarzt für **Haut- und Harnleiden.**
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.

Dr. Simmel, Haut- und Harnleiden.

Achtung! Achtung!
Bremer Maurer.
Alle hier arbeitenden Kollegen werden ersucht, zu der am Sonntag, den 11. d. M., morgens 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus stattfindenden Zusammenkunft zu erscheinen. 148/15
Die Kommission. J. A. Carl Rade.

Aus der Frauenbewegung.

Die Fähigkeiten des Arbeiterinnenlebens. Eine Versammlung der Arbeiterinnen von Chokoladen- und Zuckerwarenfabriken fand am 8. September in Rabes Salon in der Stolbergerstraße statt.

gestiecktes Chokoladenplättchen kann also ein teurer Bissen werden. Bei der geringsten Veruntreuung, so befragt ein anderer Paragraf der Arbeitsordnung, erfolgt sofortige Entlassung.

sondern nur am 4. und 19. jeden Monats erfolgt und immer 3 Tage Lohn einbehalten werden. Das Geld trägt der Firma freiwillig Hinzuzahlung, die Arbeiter aber haben keinen Vorteil davon.

Röpenid. Der Frauen- und Mädchen-Arbeiter-Bildungsverein hält Mittwoch, den 14. September, abends 8 Uhr, im Lokal Helling, Schwärzlerstraße, seine regelmäßige Vereinsversammlung ab.

Neu-Weißensee. Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 12. September, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Garz, König-Chaussee 55: Vortrag der Frau Dr. Vertwig über „Frauenkrankheiten“. Gäste willkommen. Der Vorstand.

Advertisement for Oscar Arnold hats. Includes images of various hat styles and text: 'Grösste Auswahl in Herren-, Knaben- und Mädchen-Mützen. Oscar Arnold Grösstes Special-Geschäft Engros für Hüte, Mützen und Pelzwaren Export nur Dresdenerstr. 116 (Kein Laden) Einzelverkauf zu erstaunend billigen Preisen und aussergewöhnlich reichhaltige Auswahl in allen Preislagen.'

Advertisement for hats from Königsstr. 48. Includes image of a hat and text: 'Nur neueste Moden. Dieser steife, schwarze Hut mit Futter, Cylinderhüte u. Chap. claque moderne Form, kostet M. 1.90. Special-Hut-Engros-Lager, nur neueste Moden. Abteilung für den Einzelverkauf 5915L. Neue Königsstr. 48, 1 Treppe, drittes Haus am Alexanderplatz. Grösste Auswahl, außergewöhnlich billige Preise. Filzhüte für Herren, mit Atlasfutter M. 2.-, hochfeine Qualität M. 2.50, extra feine M. 3.-, beste Qualität 4.50. Sonntags geöffnet.'

Advertisement for S. Piket clothing. Text: 'S. Piket, Herren- und Knaben-Garderoben, jetzt 44, Prinzenstr. 44, Laden. Zeige meiner geehrten Kundschaft hierdurch ergebenst an, dass ich mein Geschäft von Prinzenstr. 77 in die bedeutend vergrösserten Räume 44 Prinzenstr. 44, gegenüber dem alten Geschäft, verlegt habe. Monats-Garderobe.'

Advertisement for Prima Trockenplatten. Text: 'Prima Trockenplatten 9 x 12: Dtzd. 1.- 13 x 18: Dtzd. 1.95 Bestes Celloidin-Papier sowie Celloidin-Postkarten äusserst preiswert. Apparate u. sämtliche Bedarfsartikel für Photographie in nur guter Qualität bei denkbar billigsten Preisen. Herm. König Rüdorsdorferstrasse 42. Zorndorferstrasse 9. Preislisten gratis und franco.'

Advertisement for land sale. Text: 'Nur 12 Minuten vom Bahnhof Grünau entfernt wird ein neues Terrain am Falkenberg erschlossen. Nur bis zum 1. Oktober 1904 werden die ersten 100 Parzellen zu Ausnahmepreisen von 1 Mark an pro qm. netto Bauland unter günstigsten Zahlungsbedingungen verkauft. Gochbau und Baulandbau gestattet. Näheres nachmittags von 3-7 Uhr im Restaurant Meier, Straße am Falkenberg 19, bei Grünau.'

Advertisement for Gebrüder Rauh, Gräfrath. Text: 'Anerkannt sehr leistungsfähig ist die Stahlwarenfabrik und Versandhaus 1. Ranges Gebrüder Rauh, Gräfrath bei Solingen. 30 Tage zur Probe. Jedes Stück wird einzeln abgegeben und franco versandt.'

Advertisement for a pocket knife. Text: 'Neu! Gesetzlich Neu! geschützt! Dexte - linker - Taschenmesser „Herold“ Noch nie dagewesen! Bei keiner Konkurrenz, in keinem Laden, nur bei uns zu haben: Nr. 1904. Dexte - linker - Taschenmesser „Herold“, mit 2 aus prima Stahl geschmiedeten Ringen und Korkleder, echtes Dirschhornholz, 7,50, 3 R. 75. Weiße Lederhosen . . . 4,50, 2 R. 60. Kesseltrenner, Anzüge, blau, nach Vorchrift . . . 5 R. 50. Die Preise gelten für normale Größen.'

Advertisement for a hair clipper. Text: 'Haarschneidemaschine „Perfekt“ Nr. 264, wie Zeichnung, mit 2 Aufschiebekämmen, um die Haare 4, 7 und 10 Millimeter schneiden zu können, zum Preise von nur Mark 4,50 franco.'

Advertisement for a hair clipper. Text: 'Haarschneidemaschine „Symbolo“ Nr. 264 1/2, leichtere Ausführung wie Nr. 264 zum Preise von nur Mark 3,50 franco.'

Advertisement for a safety razor. Text: 'Rasiermesser 5 Jahre! Garantie! Für jeden Bart passend, aus prima englischem Silberstahl geschmiedet, fein hoch geschliffen und gebrauchsfertig abgezogen. Nr. 200-1/2, höhl M. 1.50 pr. Stk. franco. 201-1/2 . . . 2.15 . . . 202-1/2 . . . 2.50 . . . Sicherheits-Rasiermesser „Brillant“ mit Schutzvorrichtung für Ungeübte (Verletzung unmöglich) pro Stück Mark 2,50 franco. Rasierpinsel Nr. 710 pro Stück Mark 0,40. Rasiernapf 704 . . . 0,40. Streichkämme . . . 1430 . . . 1,00. Auf Wunsch liefern wir sämtliche Stahlwaren ohne Nachberechnung magnetisch. ohne Kaufzwang versenden wir auf Wunsch unsern neuesten illustrierten Pracht-Katalog über 1000 Gegenstände enthaltend und zwar: alle Arten Solingen Stahlwaren, Haus- und Küchengeräte, Wertgegenstände, Luxusartikel, Waffen, optische Waren, Bijouterie, Gold- und Silberwaren, Uhren, Lederwaren, Pfeifen, Cigarren, Stöße, Schirme, Musikinstrumente, Kinderpielwaren und viele andre Artikel in grösster Auswahl. Heber 5000 lobende Anerkennungs-schreiben bezeugen Güte und Qualität unsrer Waren.'

Advertisement for a razor. Text: 'Sicherheits-Rasiermesser „Brillant“ mit Schutzvorrichtung für Ungeübte (Verletzung unmöglich) pro Stück Mark 2,50 franco. Rasierpinsel Nr. 710 pro Stück Mark 0,40. Rasiernapf 704 . . . 0,40. Streichkämme . . . 1430 . . . 1,00. Auf Wunsch liefern wir sämtliche Stahlwaren ohne Nachberechnung magnetisch. ohne Kaufzwang versenden wir auf Wunsch unsern neuesten illustrierten Pracht-Katalog über 1000 Gegenstände enthaltend und zwar: alle Arten Solingen Stahlwaren, Haus- und Küchengeräte, Wertgegenstände, Luxusartikel, Waffen, optische Waren, Bijouterie, Gold- und Silberwaren, Uhren, Lederwaren, Pfeifen, Cigarren, Stöße, Schirme, Musikinstrumente, Kinderpielwaren und viele andre Artikel in grösster Auswahl. Heber 5000 lobende Anerkennungs-schreiben bezeugen Güte und Qualität unsrer Waren.'

Advertisement for shipping and guarantees. Text: 'Versand unter Nachnahme oder gegen Vorauszahlung des Betrages. Garantieschein: Nicht gefallende Waren tauschen wir bereitwillig um oder zahlen Betrag zurück. Bei grösseren Sammel-Aufträgen Extra-Vergünstigungen. Wir bemerken noch, daß nur elegante, gediegene und preiswürdige Ware zum Versand kommt.'

Advertisement for hair removal. Text: 'Haben Sie Wanzen oder Schwaben dann ist es Ihre Schuld. Verwenden Sie Koffers' echtes Spezialmittel, welches Wanzen u. Schwaben nicht nur sofort tötet, keine Dienen! volle Garantie. Bei Befahren etc. im Gebrauch. Flasche 40, 50, 1.- oder 2.- M. Spezialapparate leihweise. Nur echt in den Drogerien oder: R. Koffers, Reichensbergerstr. 55 und Rappenerstr. 9, Berlin-Spree.'

Advertisement for a shop. Text: 'Wo? machen wir am Sonntag hin? Nach Pichelswerder zum alten Freund! Da ist man immer wie zu Hause.'

Advertisement for a worker. Text: 'Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit die Lederhose Herkules tragen. Klein-Berlin. Sehr starkes Leder in prächtigen grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet. Sehr feste Kappnähte. Halbstarke Blot-Taschen. Große Hüften umloft. Die Hose bei Entnahme von 6 Stück 36 M. 4 M. 50. Schilbines Monteur-Jackett 1 R. 90. Schilbines Monteur-Jose . . . 1 R. 50. Schilbines Monteur-Jackett Prima Ripper-Gewebe . . . 2 R. 50. Schilbines Monteur-Jose Prima Ripper-Gewebe . . . 2 R. 10. Manchester-Jose 8,75, 5,50, 4,50, 3 R. 50. Besätter. Randst.-Jackett 14,50, 8,75. Weiße Reiser-Jacketts 3,50, 2 R. 75. Bombier-Baden, zweiflig . . . 4 R. 50. Waler-Stittel . . . 3.-, 2,50, 2 R.-. Reganter-Stittel (braun) 3.-, 2 R. 40. Weiße Leder-Jacketts, zweiflig 7,50, 3 R. 75. Weiße Lederhosen . . . 4,50, 2 R. 60. Kesseltrenner, Anzüge, blau, nach Vorchrift . . . 5 R. 50. Die Preise gelten für normale Größen.'

Advertisement for Baer Sohn. Text: 'Baer Sohn. En gros. Export. En detail. Chausseest. 21a, 23, Brüderstr. 11. Gr. Frankfurterstr. 20. Die 23. Preisliste 1904 wird kostenlos und portofrei zugesandt. Bei Bestellung von Hosen ist die Bundweite und die Schrittlänge, bei Jacketts und Kitteln die Brustumweite anzugeben. 56402. - Versand von 30 R. an franco. - Nachdruck verboten! Möbelverkauf! In meiner Möbelfabrik, Carlisenstraße 15, am Kaiserlichen Thor, stehen viele Wohnungs-Einrichtungen, verlebene gewesene und neue Ausstattungen zum sehr billigen Verkauf. Teilzahlung bei ganz geringer Anzahlung gestattet. Beamtet ohne Anzahlung. Durch große Gelegenheits-Einkäufe zu billigen Preisen liefere ich gediegene Einrichtungen für 150, 200, 300, 400 Mark, hoch-elegante von 500 bis 10000 Mark. Ganz besonders empfehlenswert ist der große Vorrat verlebener gewesener und zurückgesetzter Möbel, die noch fast neu und im Preise bedeutend herabgesetzt sind. Kleiderschrank 24, Kleiderschrank 18, Sofa mit Wasszug 30, Vertikale mit Watte 20, Kuschelschilde, Vertikale 30, Salongarnitur, Plüschgarnituren 105, Kuschelschilde mit Watte 40, geschmiedete Büffets, Küchenschilde, Paneelelotos mit Satteltaschen 85, Schreibrich 40, Chaiselongue, Englische Schlafzimmern, Schlafzimmern, Salons, auch Jugendstil, sehr billig. Gefasste Möbel werden 3 Monate kostenfrei ausbewahrt, durch eigne Gespanne geliefert. Musterbuch gratis. 2152.'

Advertisement for Baer Sohn. Text: 'Baer Sohn. En gros. Export. En detail. Chausseest. 21a, 23, Brüderstr. 11. Gr. Frankfurterstr. 20. Die 23. Preisliste 1904 wird kostenlos und portofrei zugesandt. Bei Bestellung von Hosen ist die Bundweite und die Schrittlänge, bei Jacketts und Kitteln die Brustumweite anzugeben. 56402. - Versand von 30 R. an franco. - Nachdruck verboten! Möbelverkauf! In meiner Möbelfabrik, Carlisenstraße 15, am Kaiserlichen Thor, stehen viele Wohnungs-Einrichtungen, verlebene gewesene und neue Ausstattungen zum sehr billigen Verkauf. Teilzahlung bei ganz geringer Anzahlung gestattet. Beamtet ohne Anzahlung. Durch große Gelegenheits-Einkäufe zu billigen Preisen liefere ich gediegene Einrichtungen für 150, 200, 300, 400 Mark, hoch-elegante von 500 bis 10000 Mark. Ganz besonders empfehlenswert ist der große Vorrat verlebener gewesener und zurückgesetzter Möbel, die noch fast neu und im Preise bedeutend herabgesetzt sind. Kleiderschrank 24, Kleiderschrank 18, Sofa mit Wasszug 30, Vertikale mit Watte 20, Kuschelschilde, Vertikale 30, Salongarnitur, Plüschgarnituren 105, Kuschelschilde mit Watte 40, geschmiedete Büffets, Küchenschilde, Paneelelotos mit Satteltaschen 85, Schreibrich 40, Chaiselongue, Englische Schlafzimmern, Schlafzimmern, Salons, auch Jugendstil, sehr billig. Gefasste Möbel werden 3 Monate kostenfrei ausbewahrt, durch eigne Gespanne geliefert. Musterbuch gratis. 2152.'

Advertisement for Josef Fischer. Text: 'Josef Fischer Kohlen-Großhandlung Berlin O. 34, Brombergstr. 19/20. Preise ab Waggon von 10 Ctr. an. Senfend. Halbst. p. Ctr. nur 60 Pf. Senfend. Sal.-Brik. 6 od. 7 1/2 Ctr. 65 Pf. Anna, Adler, Marie Senfend. 7 Zoll, nur 75 Pf. 1150, Salon-Briketts nur 85 Pf. Frei Keller pr. Ctr. 10 Pf. mehr. Bruch, Steinkohlen, Coaks, Holz zu billigsten Sommerpreisen. 60 Handwagen verleihe zu Kohlen.'

